

# Posener Zeitung.

Vierundsechziger

Jahrgang.

Annoncen:  
Annahme-Bureaus:  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Gruppi (C. H. Ulrich & Co.)  
Breitestrasse 14;  
in Gniezen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Wartt- u. Friedrichts.-Gasse 4;  
in Grätz bei Herrn L. Streissand;  
in Frankfurt a. M.;  
G. L. Taubke & Co.

Nr. 408.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Die Posener Zeitung eröffnet auch für den Monat Septbr. ein besonderes Abonnement zu dem Preise von 25 Sgr. in der Expedition und bei den Kommanditen, für Auswärts inkl. Postporto 1 Thlr. — Bestellungen von Auswärts sind direkt an die Expedition zu richten.

## Expedition der Posener Zeitung.

## Die Fortentwicklung der internationalen Handelspolitik.

Der zwölftes Kongress deutscher Volkswirthe, welcher in den letzten Tagen zu Lübeck versammelt war, hat sich in seiner ersten Sitzung vom 28. August mit der „Fortentwicklung der internationalen Handelspolitik“ beschäftigt. Es hat dieser Gegenstand durch die in Folge des deutsch-französischen Krieges eingetretene Aufhebung des deutsch-französischen Handelsvertrages ein unmittelbares praktisches Interesse gewonnen, weil alshald von Seiten der in Deutschland noch immer vorhandenen Schutzzöllnerpartei jene Gelegenheit dazu benutzt worden ist, um unter patriotischen Betheuerungen und unter Anrufung des nationalen Gedankens dem deutschen Reiche die Rücklede zu einer sogenannten „nationalen Handelspolitik“ zu empfehlen. Bekanntlich wird darunter von den Interessenten die Aufrichtung eines Zolltariffs verstanden, welcher die Erzeugnisse der fremden Industrie durch hohe Zölle von der Konkurrenz mit den einheimischen Fabrikaten auf dem inländischen Markte thunlichst ausschließt. Diese Bestrebungen sind namentlich auf dem Mannheimer Fabrikantentage hervorgetreten, welcher ostensibel zwar sich mit der Frage beschäftigte, wie die durch Anschluß von Elsaß-Lothringen an das deutsche Zollgebiet gewissen Zweigen der deutschen Industrie drohende Gefahr einer angeblich erdrückenden Konkurrenz abgewendet oder doch thunlichst abgeschwächt werden könnte. Da nun schon damals auf der Hand lag, daß die neuen Reichslande nicht auf längere Zeit außerhalb des deutschen Zollgebiets bleiben könnten — ihre vollständige Vereinigung mit demselben ist jetzt auf den 1. Januar 1872 festgesetzt und inzwischen schon die Zollschranken für eine große Anzahl von Waaren gefallen — so zielten die Bestrebungen des Mannheimer Fabrikantentages in der That über die Abwehr der Elsaß-Lothringischen Konkurrenz hinaus und fassten die Rückkehr zu einem die ausländische Konkurrenz überhaupt fernhaltenden, die nationale Industrie schützenden Zollsysteins ins Auge. Dieses Wiederauftauchen der schutzzöllnerischen Agitation mußte natürlich in den Kreisen, welche die Freihandels-Idee als Fahne folgen, den Wunsch wachrufen, diese Idee, welche in Deutschland bereits über jede praktische Anwendung hinaus gediehen schien, nochmals durch den Ausspruch einer autoritativen Verfassung zu bekräftigen. Der volkswirtschaftliche Kongress hat deshalb als ersten Gegenstand seiner Verhandlungen „die Fortentwicklung der internationalen Handelspolitik“ auf die Tagesordnung gestellt. Der Grundgedanke, welcher sich in den Verhandlungen des Kongresses aussprach, läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Es ist Sache einer vernünftigen, von gesunden volkswirtschaftlichen Anschaunungen geleiteten Handelspolitik, nicht durch den Rückfall anderer Staaten zu überwundene handelspolitischen Anschaunungen und namentlich nicht durch das Zurückweichen derselben auf den Standpunkt der sogenannten nationalen Handelspolitik zu gleichen Schritten, sei es selbst in der Absicht der Handelspolitik zu lassen, sondern vielmehr unbefüllt verbanche, sich fortreisen zu lassen, sondern vielmehr unbefüllt um derartige zeitweilige Abirrungen von der Bahn des wirtschaftlichen Fortschritts an ihrem Theile dem Ziele der internationaen Arbeitsteilung entwegen nachzustreben. Der volkswirtschaftliche Kongress einigte sich schließlich zu einer Resolution, in welcher er erklärte: Mit der Beseitigung solcher Grenzzölle, welche die internationale Arbeitsteilung zu hindern bestimmt sind, ist fortzufahren ohne Einhalt und ohne Rücksicht auf etwaige Beschädigung bestehender industrieller Unternehmungen. Mit Hinblick auf dieses Ziel empfiehlt es sich, vorläufig auf demjenigen Wege zu verharren, der eröffnet worden ist in den Handelsverträgen mit vertragsspezifizierten Zollreduktionen. Zwischen Staaten jedoch, welche beiderseits bereits in ihrer Handels- und Zoll-Gesetzgebung und Verwaltung richtige Grundsätze in Anwendung bringen, erscheinen Handelsverträge überflüssig und sind nicht anzurathen. Es wurde außerdem bestimmt, die österreichisch-ungarische Monarchie gemeinsam Verhandlungen einzugehen, um die internationale Arbeitsteilung im Wege internationaler Verhandlungen eine gleiche Nomenklatur und Anordnung der amtlichen Namensverzeichnisse, sowie ein internationales vereinfachtes Zollverfahren herbeigeführt werde; die Initiative dazu zu ergreifen wurde der deutschen Regierung empfohlen; eventuell möge dieselbe zunächst mit solchen Vertragsstaaten, bei denen eine Geneigtheit dazu voraussetzen (es ist damit die österreichisch-ungarische Monarchie gemeint) Verhandlungen anknüpfen. — Wenn nun auch vom abstrakt wissenschaftlichen Standpunkte ausgegeben werden muss, daß derjenige wirtschaftliche Zustand der vollkommenste sei, in welchem keine internationale Handels- und Zollverträge mehr notwendig sind, weil eben die Regierungen aller Orten im Lichte geläuteter wissenschaftlicher Anschaunungen wandeln, so war man doch darin einverstanden, daß die thatsmäßig bestehenden Zustände immerhin noch weit genug von jenem Ideal entfernt seien und daß bis zur Vermittelung derselben es höchst ratsam sei, die bestehenden Hindernisse der internationalen Arbeitsteilung im Wege vertragsspezifizierter Zugeständnisse, die dann allen „meistbegünstigten Nationen“ in gleicher Weise zu Gute kämen, zu beseitigen und sich so jeden Idealenschrittweise zu nähern. Speziell wurde an eine vertragsspezifizierte

Freitag, 1. September

Inserate 1½ Sgr. die sechsgespaltenen Zeile oder deren Raum, Ketten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Thlr. In Summa also jährlich 92,893 Thlr. Gewiß ein schönes Stück Geld!

Auch die Diözesan-Institute, deren jede Diözese drei hat — ein Priester-Seminar, ein Domus Emeritorum (Versorgungs-Anstalt für alterchwache Geistliche) und ein Domus Demeritorum (Strafanstalt für Priester, die sich etwas zu Schulden kommen lassen) — werden zum größten Theile aus Staatsmitteln unterhalten. Wie bedeutend aber der Staatsfädel für die Befreiung der Bedürfnisse der bischöflichen Stühle, der Domkapitel und der Diözesan-Institute herangezogen wird, geht daraus hervor, daß zur Befreiung dieser Bedürfnisse (und daneben auch noch der Unterhaltung der Kathedralen) im Bistum Ermeland 34,015, in dem von Kulm 33,346, in dem für Breslau 53,444, im Doppel-Erzbistum Posen-Gniezen 64,696, im Bistum Trier 32,510, im Erzbistum Köln 59,041, im Bistum Münster 35,507 und in dem von Paderborn 38,496 Thlr. jährlich aus dem Staatsfädel hergegeben werden. Das macht zusammen die enorme Summe von jährlich 351,055 Thalern. Von den Gesamtosten, welche die Unterhaltung der geistlichen Korporationen und Institute veranlaßt, werden in der Diözese Ermeland 79, Kulm 76, Breslau 66, Gniezen-Posen ebenfalls 79, Trier 60, Köln 67, Münster 63 und Paderborn gar 81 Prozent aus Staatsmitteln bestreift.

Der preußische Staat trägt somit in seinen acht älteren Provinzen überaus viel zum Unterhalte der katholischen Institutionen bei. Wie viel und in welchem Verhältnis in seinen neu erworbenen Landen? Vermag Schreiber dieses nicht anzugeben, da es ihm an authentischem Zahnenmaterial fehlt. Jedenfalls sind aber auch in den Provinzen Hannover und Hessen-Nassau die staatlichen Beihilfen sehr bedeutend, vielleicht bedeutender noch, als in den alten Landen. Von den vier Bischofsstühlen, welche an der Spitze der vier Diözesen stehen, die in den anmettirten Provinzen sich befinden, erhält der Bischof von Hildesheim (dessen Diözese Ost-Hannover, Schleswig-Holstein und die Hansestädte umfaßt) 9000, der von Osnabrück (West-Hannover und Oldenburg) 7000, der von Fulda (Hessen) 8000 und der von Limburg (Nassau und Frankfurt) 7000 Thlr. Jahrgehalt. Bei dieser splendiden Bevölkung der genannten vier Kirchenfürsten läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß vom Staat auch in gleich ausgiebiger Weise für die ihnen unterstehenden Kapitel und Diözesan-Institute gesorgt ist. Gegenüber der splendiden Ausstattung der katholischen, ist diejenige der evangelischen Kirche in Preußen eine äußerst bescheidene zu nennen. (Span. 3.)

## Deutschland.

**Ω Berlin.** 31. August. [Die Lage der Familien der bei den Okkupationstruppen stehenden Reservisten. Der einjährige Freiwilligendienst in der Marine.] Durch die Okkupation der französischen Landestheile sind für die den hierzu verwendeten Truppen noch zugetheilten Reservisten in Hinsicht der Unterhaltung ihrer Familien und Angehörigen Zustände herbeigeführt worden, für welche tatsächlich die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr ausreichen, und die, da durch dieselben zugleich auch die Kreise und Gemeinden, aus denen die betreffenden Truppenheile sich ergänzen, schwer betroffen werden, dringend eine Ergänzung, resp. einen Ausgleich beanspruchen. Die Zurückhaltung der Reservisten bei den Fahnern beruht auf Satz 4 des § 6 des Gesetzes betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, welcher bestimmt, daß zur nothwendigen Verstärkung der Truppen eine Einberufung oder eine längere Zurückbehaltung der Reserven jederzeit erfolgen kann. Es muß deshalb auch diese Indienstbehal tung der Reservisten als vollkommen legal erachtet werden. Die Unterhaltung der Familien der Reservisten ist hingegen auf § 1 des Gesetzes, betreffend die Unterstützung der Familien der Reservisten und Landwehrmänner. Es wird in diesem Paragraphen eine derartige Unterhaltung für den Krieg und für die außerordentliche Zusammenziehung der Reserven und Landwehr in Anspruch genommen. Der § 10 desselben Gesetzes bestimmt außerdem, daß diese Unterstützung mit dem Ausmarsch der Truppen beginnt und in der Regel mit der Rückkehr derselben endigt. Der § 14 begründet jedoch für die Übungen beider Kategorien von Wehrpflichtigen ausdrücklich ein Ausnahmeverhältnis, und dürfte es sich auch fernerhin aus dem Gesetz über die Kriegsleistungsbedingungen, daß es sich Seitens der betreffenden Kreise und Gemeinden bei diesen Unterstützungen tatsächlich ebenfalls nur um eine solche Leistung handelt, für welche ebenso wie für diese allgemein mit dem Friedensschluß, resp. der Demobilisierung ein Abschluß eintreten würde. Genauere Beziehungen auf den in Rede stehenden Fall finden sich in allen drei Gesetzen nicht vorhanden, und leuchtet ein, daß der hauptsächlich in Betracht kommende § 6 des erst angeführten, wie die § 1 und 10 des zweitangeführten Gesetzes einer durchaus verschiedenen Auslegung einen weiten Spielraum gewähren. Die Lage wird jedoch dadurch noch wesentlich erschwert, daß nicht etwa das ganze Land gleichmäßig von dieser Extra-Belastung betroffen wird, sondern nur diejenigen Kreise und Gemeinden, deren Truppen sich noch in Frankreich zurück behalten befinden. Während die hier von nicht betroffenen Landestheile die Unterhaltungsverpflichtung schon seit Monaten aufgehört hat, wirkt demnach für jene dieser Anspruch noch fort, wobei nicht einmal ein Abschluß abzusehen ist, indem für die Entlassung der noch bei den Fahnern zurück behaltenen Reservisten überhaupt kein Zeitpunkt feststeht, sondern nur die kaiserliche Bestimmung maßgebend ist. Wie schwer sich aber diese Belastung erweist, ergibt sich aus dem Beispiel von Berlin, das gegenwärtig noch p. p. 1200 Reservisten-Familien zu unterstützen hat und von dessen Magistrat diese Unterstützung zunächst bis Neujahr 1872 noch für 800 Familien in Aussicht genommen worden ist. Das augenblicklich obwaltende tatsächliche Verhältnis stellt sich demnach dahin, daß während sich die auf die Unterstützung der betreffenden Reservisten-Familien bezüglichen Gesetzesbestimmungen theils als ungenügend ausweisen, theils mit einander im unmittelbaren Widerspruch stehen, auf der Basis dieser unzulänglichen Gesetzesgrundung sich ein Theil des Landes auf völlig unbestimmte Zeit schwer belastet findet, während die anderen Bezirke, Kreise und Gemeinden völlig frei ausgehen, und erscheint dieser Stand der Dinge gewiß dazu angehängt, um den Anspruch auf eine Aenderung, oder mindstens doch auf einen Ausgleich dieses Sachverhaltes als vollkommen berechtigt anerkennen zu

Annoncen-Bureau:

In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen:  
Karl Hoff;  
in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel:  
Haarenstein & Vogler;  
in Berlin:  
A. Petermeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Habath.

müssen. — Die Bestimmungen für den einjährigen Freiwilligendienst in der Marine lauten bekanntlich wesentlich anders als im Landheere, und erlangen bei der mit diesen Jahren erfolgenden Ausdehnung der Erfüllung für die Marine auf ganz Deutschland die Kategorien von Dienstpflichtigen, welche ihrer Dienstpflicht auch in der Marine genügen können, oder die bestimmungsgemäß für die Ableistung derselben auf diese verwiesen werden, dadurch Gelegenheit die für den einjährigen Dienst dort gebotenen Vortheile in Anspruch zu nehmen. Es sind dies die Civil-Ingenieure, Maschinisten und Schiffbauhandwerker und bestimmt Satz 3 in dem auf die Marine bezüglichen § 13 des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, daß namentlich für das Maschinenpersonal wie für die Seelente von Beruf nach Maßgabe ihrer technischen Vorbildung also auch eine eigentlich wissenschaftliche Berechtigung hierzu, wie nach Maßgabe ihrer Ausbildung zum Dienst auf der Kriegsschiffe, deren aktive Dienstzeit auf ein Jahr verkürzt werden kann. Der Satz 4 desselben Paragraphen verfügt hingegen für diejenigen Maschinisten und Seelente von Beruf, welche die Qualifikation zur Ableistung des einjährigen Freiwilligendienstes erworben, oder die das Steuermanns-Examen abgelegt haben, daß sich dieselben von der Selbstequipirung und Selbstversiegung befreit finden. Es gelten demnach für die Marine-Bestimmungen, von denen für das Landheer die auf die technischen Fähigkeiten bezügliche Vergünstigung nur in einer ungefähr ähnlichen, jedoch selten oder nie in Anwendung getretenen Andeutung vorhanden ist, während in der Armee das Nichtvorhandensein der andern zweiten Berücksichtigung von den vielen unbemittelten jungen Leuten, welche sich die erwähnte Qualifikation mühsam erworben haben, seit lange schwer genug empfunden worden ist. Da dieselben günstigen Bedingungen aber auf das neuerrichtete Eisenbahn-Bataillon, das sich ebenfalls theilweise mit dem Maschinenpersonal und nahezu den gleichen technischen Branchen rekrutieren wird, keine Anwendung finden, bleibt wohl anzunehmen, daß die Angehörigen der erwähnten Berufsklassen sich jetzt umso mehr beeilen werden ihre Dienstpflicht in der Marine abzuleisten, wo sie derselben unter so viel günstigeren Bedingungen zu genügen vermögen.

— Es ist oft genug bemerkbar geworden und hervorgehoben, wie sehr unsere Staatsverwaltung, obwohl sie im Prinzip sich mit der Selbstverwaltung der Kommunalverbände vollständig einverstanden erklärt, doch jederzeit, sobald es sich darum handelt, den anerkannten Grundsatz tatsächlich zu bewahren, es vorzieht, bei der einmal hergebrachten Praxis der Absorption der Gemeindethäufigkeit durch die staatlichen Organe zu verbleiben. Ganz besonders tritt dies bekanntlich auf dem Gebiete der Schulverwaltung hervor. Soviel in dieser Beziehung hier aber auch bereits geleistet ist, so übertrifft doch eine neuerliche Maßregel, welche das Unterrichtsministerium in Königsberg i. Pr. getroffen hat, alles bisher Dagewesene in Hemmung der Tätigkeit der Gemeinde. Wir entnehmen darüber dem Berichte der „K. S. Z.“ über die letzte Sitzung der Stadtverordneten zu Königsberg das Folgende: Vor Jahresfrist regte die dortige königliche Regierung den Magistrat der Stadt Königsberg zur Anstellung eines technischen Stadtschulraths an, indem sie ihrerseits aus eigenem Antriebe in Aussicht stellte, wenn solche erfolge, werde die Aufsicht der Lokal-Schul-Inspectoren (der Geistlichen) über die Volkschulen aufhören, die dann auf den neuen Stadtschulrat übergehen könnte. Der Magistrat erfasste diese Anregung freudig und stellte den desfallsigen Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung; beide städtischen Behörden waren einig, daß solche Beaufsichtigung als ein Fortschritt zu betrachten sein würde, als ein erster Schritt zur Trennung der Schule von der Kirche. Es wurde also die Anstellung eines Stadtschulrathes, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung beschlossen, daß denselben allein die Aufsicht über das Volkschulwesen übertragen würde. Als dieser Beschluß der k. Regierung mitgetheilt wurde, wandte diese sich an den Minister und von Herrn v. Mühlner ist nun ein in der betreffenden Sitzung verlesenes Rekript ergangen, dessen wesentlicher Inhalt besagt:

Der Magistrat verlangt, daß mit der Anstellung eines solchen Schulraths die bestehende Aufsicht der Lokal-Schulinspektoren in Wegfall komme. Die nächste Aufsichts- und Verwaltungs-Instanz für städtische Schulen bildet die Stadtschul-Deputation. Ein besonder anstellender Schulrat würde immer nur als Organ dieser Behörde zu betrachten sein. Die Einrichtung und Kompetenz der Stadt-Schul-

Deputation ist durch die Instruktion vom 26. Juni 1811 geregelt. Diese Instruktion hat in dem § 36 der Schul-Ordnung vom 11. Dezember 1845 für die dortige Provinz gesetzliche Sanctionirung erhalten. In derselben ist sub 14 bestimmt, daß die Spezialaufsicht, welche Prediger und Schul-Vorsteher außer der Schul-Deputation üben, durch die Errichtung der letzteren nicht aufgehoben, sondern nur mit den allgemeinen Überaussichten derselben in Verbindung zu stehen sei. Indessen auch hier von abgeschenkt, hindert ein anderer Umstand, dem Verlangen des Magistrats stattzugeben. Die jetzt fungirenden Lokal-Schul-Inspectoren sind Geistliche und in dieser Eigenschaft befähigt und in den Stand gesetzt, den Religions-Unterricht in den Schulen zu überwachen und zu leiten. Bei der von dem Magistrat beabsichtigten Einrichtung würde es vorausichtlich an einem zur Ausübung dieser Funktionen bereiteten Organ fehlen. Dieses erscheint mit Rücksicht auf den Artikel 24 der Verfassungs-Urkunde unzulässig. Ist der hier ausgesprochene Grundsatz, daß die Leitung des religiösen Unterrichts in den Volkschulen den betreffenden Religions-Gesellschaften zusteht, in Folge des Artikels 112 der Verfassungs-Urkunde zur Zeit noch nicht aktuelles Recht geworden, so kann doch im Hinblick auf denselben der vorhandene Zustand nicht zum Nachteil der Religions-Gesellschaften umgedreht werden, ohne daß an dessen Stelle eine der erwähnten Verfassungs-Bestimmung entsprechende Einstellung trate. Diese kann aber nur durch das in Artikel 26 der Verfassungs-Urkunde vorgesehene Unterrichtsgesetz, nicht in einem einzelnen Fall gelegentlich getroffen werden. Hier nach kann dem Verlangen des Magistrats nicht entsprochen werden. Ich theile aber die Ansicht der k. Regierung, daß die Anstellung eines besonderen Stadtschulraths für die Förderung des dortigen Schulwesens erwünscht ist. Es wird nicht schwer fallen, durch angemessene Verhandlungen ein Abkommen zu treffen, durch welches unter Berücksichtigung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen der Ansicht des Magistrats entsprochen werden kann, und ich veranlaße daher die k. Regierung unter Festhaltung der in diesem Rekript enthaltenen Ausführungen, solche Verhandlungen einzuleiten und deren Ergebnis mir demnächst anzugeben.

Mit Recht glaubte der Referent in der Angelegenheit, Professor Dr. Möller, sich jede Kritik dieses Erlasses ersparen zu können. Dieselbe war hinreichend in dem Begleitschreiben des Regierungskollegiums enthalten, womit das Ministerialrektifikat den Kommunalbehörden übermittelt worden war, und worin es hieß: „Dem nach den Ansichten des Ministers anzustellenden Stadtschulrat bleibe noch immer die Beaufsichtigung des Schulbesuchs und der Schulversammlungen“. Der Magistrat der Stadt Königsberg hatte nach Empfang dieser Ministerialentscheidung sich mit den städtischen Behörden in Stettin, Magdeburg, Danzig, Breslau, Berlin deshalb in Korrespondenz gesetzt, aber — wie er mittheilte — ersehen, daß bei der gegenwärtig leitenden Tendenz, den Schulunterricht für die Kirche dienstbar zu machen, ein anderes Resultat nicht zu erzielen sein würde, und so stellte er den Weitertes einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss erhobenen Antrag, daß zur Zeit und bis auf Weiteres von der Anstellung eines technischen Stadtschulraths Abstand genommen und dieses der k. Regierung angezeigt werde. Es bleibt in der That den Kommunen nichts Anderes übrig, bemerkt hierzu die „Nat. Ztg.“, als Angesichts einer Handhabung des staatlichen Oberaufsichtsrechts über das Schulwesen, welches die ganze innere Leitung der Schule für den Staat abschafft, mit den Opfern für dasselbe ihrerseits zurückzuhalten und dem Staat, der die Leitung in der Hand behalten will, auch die Lasten derselben zu überlassen.

— Ueber die demnächst in Fulda stattfindende Bischofskonferenz — die vierte innerhalb vier Jahren — verlautet jetzt als ziemlich gewiß, daß die Beihaltung an derselben nur gering sein werde. Die nutzmaßliche Dauer gibt man auf zwei Tage an, an welchen je nach Bedürfnis drei oder mehrere Sitzungen stattfinden sollen. Das tiefste Schweigen soll gleich früher auch bezüglich des Resultats der diesmaligen Verhandlungen beobachtet werden, welche sich neben der schwedenden Frage, das Berwirtnis zwischen dem Episcopate und der preußischen Regierung betreffend, auch darauf erstreden dürften, welche Maßregeln man gegen die Gegner der Infallibilität zu ergreifen habe.

— Die „Protestantische Kirchenzeitung“ veröffentlicht die Adresse in Sachen des Pfarrers Schröder, welche der evangelische Kirchenvorstand zu Wiesbaden (mit den Unterschriften von 10 weltlichen Mitgliedern) und die größere Gemeindevertretung derselbst (mit den Unterschriften von 50 Mitgliedern) zum Beschluss erhoben und dann an den Kaiser abgesandt haben; darin lesen wir unter Anderm:

Das Konsistorium zu Wiesbaden hat durch Erkenntnis vom 1. März d. J. den Pfarrer Schröder zu Freirachdorf wegen der

Weigerung, das apostolische Glaubensbekenntniß bei Taufe und Konfirmation liturgiemäßig zu gebrauchen und den ihm in dieser Beziehung ertheilten Weihungen nachzukommen, seines Amtes entsetzt. Pfarrer Schröder hat erklärt, daß er, Gewissens halber, nicht auf den Buchstab des apostolischen Glaubens-Bekenntnisses taufen könne, sondern nur auf dessen wesentlichen Inhalt: den Glauben an den Vater, Sohn und den heiligen Geist; sodann, daß er aus gleicher Grunde die verpflichtende Eingangsformel der agendarischen Botschaft für den Alt der Konfirmation weglasse und nur auf die zu stellenden Fragen verpflichte. Das Konsistorium zu Wiesbaden sucht, den Geist und das innere Wesen der Nassauischen Union verlebend, derselben einen ihr fremden Charakter aufzuprägen, ignoriert eine fest stehende fünfzigjährige Praxis seiner Vorgänger im Amte, achtet nicht die in allgemein anerkannten Lehren des protestantischen Kirchenrechtes wurzelnden Rechte der kirchlichen Gemeinde. Wir achten und ehren den persönlichen Glaubensstandpunkt eines jeden einzelnen seiner Mitglieder; aber volles Vertrauen in eine, den Grundsätzen der Nassauischen Union entsprechende Ausübung der Kirchengewalt vermögen wir nur einer solcher Behörde entgegen zu bringen, welche Persönlichkeiten in sich vereinigt, die der Union aufrichtig ergeben sind. Die Mehrzahl der Mitglieder des Konsistoriums ist aus Landeshäusern berufen, in welchen die Vereinigung der beiden protestantischen Konfessionen, wo sie besteht, aus den beiden früher getrennten Kirchen zwar ein einziges Rechtsobjekt geschaffen hat, ohne jedoch dabei den Fundamentalpunkt der Nassauischen Union anzusehen, welche die prinzipielle Einigung auf den Grundlehren des Evangeliums ist. Wir richten an Ew. Majestät die allerunterthänigste Bitte, daß Alerhöchst dieselben gerufen möchten, durch Aufhebung der Folgen des von dem Konsistorium zu Wiesbaden gegen den Pfarrer Schröder erlassenen Erkenntnisses die evangelischen Bewohner unseres Bezirks von der Sorge zu befreien, welche sich ihrer bemächtigt hat, und zugleich solche Anordnungen zu treffen welche geeignet sind, eine Geiste der Nassauischen Union entsprechende Vollziehung der bestehenden kirchlichen Gesetzgebung sicher zu stellen.“

— Wie der „Karlsr. Z.“ aus Straßburg geschrieben wird, wäre in nächster Zeit ein Erlass des Reichskanzlers zu erwarten, der eine Einberufung der protestantischen Generalsynode von Elsaß-Lothringen befußt Ordnung der kirchlichen Angelegenheiten verfügt.

— Aus dem Hauptquartier des Oberkommandos der Oskupationsarmee in Frankreich geht der „Kreuztg.“ folgende Erklärung zur Veröffentlichung zu:

H. D. Compiègne, den 28. August 1871. Die „Kreuztg.“ hat in ihrer Beilage zu Nr. 196 einen Artikel aus der „Augsburger Allgemeine Z.“ unter der Überschrift: „General v. Manteuffel“ mit dem Bemerk aufgenommen, daß sie ihn als einen nicht unwichtigen Beitrag zu der Geschichte der letzten Jahre ihren Lesern nicht vorenthalten dürfen.

Ich habe einmal, als die Aufrechthaltung meiner Grundsätze dieser erhebliche Preangriffe mit der Pistole in der Hand beantwortet. Seit der Zeit meines Schieds aus dem Kabinett Sr. Maj. des Königs lasse ich dagegen alle Preangriffe über meine militärische, oder administrative, oder diplomatische Wirksamkeit schweigend über mich ergehen. Mein Privat- und mein amtlisches Leben wird seinen Richter nach meinem Tode finden.

Ich fürchte das Urteil nicht!

So lasse ich mich auch nicht auf die Widerlegung all der Unrichtigkeiten ein, welche jener von der Kreuz-Zeitung aufgenommene Artikel enthält.

Aber im demselben steht auch, ich habe einen unehrbarbigen Brief an meinen Herrn und König geschrieben. Dies greift in den ganzen Boden, auf dem ich siehe. Ich würde mich gegen meinen seligen Vater im Grabe, gegen meine ganze Vergangenheit, gegen meine Söhne verhindigen, wenn ich hiergegen nicht protestierte. Ich erkläre hiermit diese Behauptung als Unwahrheit und ersuche die verehrliche Redaktion, diese meine Erklärung in der Kreuzzeitung zu veröffentlichen.

E. Manteuffel,  
General der Kavallerie,  
General-Ajutant Seiner Kaiserlichen  
Majestät des Königs.

Auch der „N. u. St. Anz.“ tritt heute für den General Manteuffel ein. In seinem nichtamtlichen Theile lesen wir Folgendes:

Die Verdächtigungen und Anfeindungen des Generals der Kavallerie Freiherrn v. Manteuffel, die in der „Frankfurter Ztg.“ ihren Ursprung genommen, haben in höherem Maße, als ihr Gehalt mit sich brachte, wegen der hervorragenden Persönlichkeit, die sie betrafen, die Aufmerksamkeit der Presse auf sich gezogen. Der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ würde sich deshalb auf eine Erwähnung derselben nicht eingelassen haben, wenn nicht die Entstehung so weit getrieben wäre, daß man hohe Behörden mit diesen verläuderten Erfindungen und mit deren Wiedergabe in der „Correspondenz-Stern“ andeutungsweise in Verbindung brächte. Für jeden Unterrichteten bedarf es nicht der Erklärung, daß diese Andeutungen auf will-

eglicher Stellung in das magnetische Feld brächte, so würde man das befremdende Schauspiel haben, diesen sich senkrecht gegen die Linie, welche die Pole verbindet, richten zu sehen. — Ein kleiner kupferner, massiver Würfel wurde dann an einem gedrehten Faden zwischen die Pole des Elektromagneten gehängt und der Faden weiter um seine Axe gedreht. So lange der elektrische Strom die Windungen des Hufeisens noch nicht durchlief, rotierte der Würfel um seine vertikale Axe, stand aber augenblicklich still, sobald der Strom den Eisenkern umkreiste, von der geheimnisvollen Kraft des Magneten gehemmt, und hatten elektrische Ströme, welche vom Magneten in den kupfernen Würfel induziert worden waren, auf die Bewegung hemmend eingewirkt. Blondel konnte durch den Strom ein helles, das Auge des Zuschauers blendendes, elektrisches Licht erzeugt werden. Zum Schluss wurde eine elektro-magnetische Wasserpumpe, während die Batterie mir wenig einzetaucht war, schon in eine langsame Bewegung versetzt, die aber schnell eingesenkt wurde. Wir haben in dieser Batterie jedenfalls eine neue und ausgezeichnete Elektrizitätsquelle für die Zwecke der Medizin wie des Unterrichts. Für die meisten in das Gebiet der Schule gehörenden Versuche, reicht schon eine Batterie von sechs Elementen vollkommen hin und ist um so leichter zu gebrauchen, da man die Kraft durch das Einsenken beliebig modifizieren kann. Auf dem Gebiete der Technik lassen sich von dieser Batterie in kurzem wichtige Erfolge erwarten.

Über das Londoner Annoncenwesen  
lesen wir in der „Engl. Korresp.“: „Wie andernwärts, nimmt auch hier in London die Annoncenwirth, immer mehr zu. Die Zeitungen, die Plakate an den Straßenecken, die Männer, welche mit einer Annoncen-tafel auf der Brust und einer anderen auf dem Rücken, längs der Straßenecken einherpazieren und jedem Vorübergehenden einen Zettel anbieten — Alles dieses reicht nicht mehr aus. Wenn der freibare Bürger des Morgens zu seinem Tagewerke nach der City steigt, und sinnenden Gemütes auf nichts anderes achtet, als die Trotzplatten, findet er auf diesen, vor seiner eigenen Haustüre, die Vorzüge von Tee oder Pickles angezeigt, und hätte er Nachts zwischen zwei und drei an seinem Fenster gestanden, so hätte er sehen können, wie ein Individuum mit Farbtopf und Schablone herangeschlichen kam, sich über die Abwesenheit der Polizei vergewisserte und dann innerhalb einer halben Minute die Annonce auf den Stein zauberte. Dieser Modus der Reklame ist jetzt schon etwas veraltet, aber immer neue“

## Die neue Bunsensche Batterie.

Von Dr. Magener.

Der Professor Bunsen zu Heidelberg, einer der Koryphäen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, ebenso groß als Erforscher tiefliegender Gesetze wie als geschickter Experimentator, hat wiederum die wissenschaftliche Welt mit einer neuen Erfindung überrascht. Geboren 1811 den 31. März zu Göttingen, war er schon 1833 Privatdozent an der dortigen Universität, bekleidete 1836 den Lehrstuhl der Chemie am polytechnischen Institut zu Kassel, war dann 1838 Professor an der Universität zu Marburg, gehörte 1851 dem preußischen Staate als Lehrer an der Breslauer Universität an und fiedelte endlich 1852 nach Heidelberg über. Schon 1842 hatte er zu Marburg seine weltberühmte „Bunsensche Batterie“ erfunden. Diese besteht aus Zink, welches in verdünnter Schwefelsäure steht, und aus Kohle, die sich in einem porösen Thongefüse, das mit konzentrierter Salpetersäure gefüllt ist, befindet. Der ungeheure Vorzug dieser elektrischen Batterie beruht darauf, daß sie einen unveränderlichen (konstanten) Strom erzeugt und aus wenig kostspieligen Elementen zusammengesetzt ist; ihre Nachtheile liegen darin, daß die Salpetersäure Dämpfe ausstößt, welche der Gesundheit nachtheilig sind und alle Metalle aufs heftigste angreifen, daß ihre Zusammensetzung wie ihre Reinigung beim Auseinandernehmen unständlich und zeitraubend ist. Hunderte von Versuchen hatte man angestellt, um diese störenden Uebelstände zu vermeiden. Da endlich gelang es Bunsen, der uns außer seinen vielseitigen chemischen Entdeckungen, denen er leider ein Auge zum Opfer gebracht, genauen Aufschluß über die merkwürdigen Erscheinungen der Geiser Islands gegeben hatte, dem Miterfinder der Spektral-Analyse, die uns die chemische Konstitution der unendlich weit entfernten Himmelskörper klar legt, auch auf diesem Gebiete wieder eine glänzende Entdeckung zu machen und eine neue Batterie, in welcher alle diese Uebelstände glücklich überwunden sind, zusammenzustellen. Wiederum sind Zink und Kohle die erregenden Metalle. Nur eine einzige Flüssigkeit aus doppelthromsauren Kali und verdünnter Schwefelsäure bestehend, deren vortheilhafteste Zusammensetzung er durch unzählige Versuche gefunden hatte, dient zur Erregung derselben, so daß die lösige poröse Zwischenwand gänzlich fortfällt. Die einzelnen Plattenpaare (Zink und Kohle), durch eine einfache Schraube verbunden, befinden sich an einem Holzgestell und können, indem ein Gegengewicht an einer Kette sie im Gleichgewicht

hält, beliebig tief in die Flüssigkeit getaucht und völlig aus derselben herausgehoben werden. Durch die Vermittelung eines unserer Landsleute, dessen Name in der mathematischen Welt bereits seit Jahren gesiegt ist, hat unsere Realsschule eine solche aus zwölf Elementen bestehende Batterie direkt aus Heidelberg erhalten, und es konnten einige der mächtigsten Wirkungen derselben den Mitgliedern des hiesigen naturwissenschaftlichen Vereins vorgeführt werden. Eine Wasserzersetzung wurde mit derselben vorgenommen und innerhalb drei Minuten 80 Kubikzentimeter Wasserstoff am negativen Zinkpol und 40 Kubikzentimeter Sauerstoff am positiven Kupferpol der Säule, in Gangen also 120 Kubikzentimeter Knallgas, mithin in der Minute 40 Kubikzentimeter Knallgas entwickelt, so daß also die Batterie die Stromstärke 40 hatte, wenn man nach Lotz als Einheit der Stromstärke den Strom annimmt, welcher in einer Minute einen Kubikzentimeter Knallgas durch Zersetzung liefert. Dieser Kraft entsprach an der Tangentenbusssole ein Winkel von 41 Grad. Die Säule war bereits seit fünf Tagen zusammengefest und hatte sogleich nach der Zusammenfügung an der Tangentenbusssole eine Ablenkung von 75 Grad hervorgerufen. Es hatte die Stromstärke also bedeutend abgenommen, war aber immer noch mächtig genug, um mit Leichtigkeit selbst zu diamagnetischen Versuchen, zu welchen eine sehr starke Batterie notwendig ist, dienen zu können. Während Eisen sich zwischen den Polen eines gewaltigen Elektromagneten von Pol zu Pol einstellte, wurde ein Wismuthstäbchen von den Magneten abgestoßen und senkrecht zur Verbindungsline der Pole getrieben; es zeigte sich also diamagnetisch. Ebenso wurde eine kleine zwischen den Antern des Magneten so lange ruhig herabhängende Wismuth-Kugel, als der Strom den Eisentern nicht umkreiste, sofort deutlich in derelben Richtung abgestoßen, sobald der Strom geschlossen wurde; ein Zeichen, daß die senkrechte Einstellung des Wismuthstäbchens auch auf Abstoßung des Elektromagneten beruhe. Wie Eisen verhalten sich von den Metallen noch Kobalt, Nickel, Mangan, Chrom, Cer, Titan, Palladium, Platin, Osmium; wie Wismuth die meisten anderen Metalle, Salze, Säuren, feste organische Stoffe aus dem Thier- und Pflanzenreich, Wasser, Alkohol und Aether. Einen eigenthümlichen Eindruck macht es zu sehen, daß Substanzen wie Fleisch, Leder, ein Apfel und Brod dem Magnet gehorchen und von ihm abgestoßen werden. Fast alle Substanzen, die den menschlichen Körper bilden, sind diamagnetisch. Könnte es also geschehen, daß man einem Menschen in leicht be-

ürlicher Erfindung beruhen, und für Jeden, der auch nur entfernt die Persönlichkeit des Freiherrn von Mantouffel kennt, haben jene Artikel alle Bedeutung verloren durch den Hinweis auf persönliche Motive und Neigungen des Generals, welche demselben notorisch fern liegen. Wenn bis dahin die Meinung möglich war, daß die militärische Kritik der Beteiligung des Generals am letzten Feldzuge von einem zwar ungerechten und nach seinen militärischen und thatfächlichen Kenntnissen wenig urtheilsfähigen, aber in seiner Parteilichkeit doch vielleicht selbst überzeugten Kritiker herühren könnten, so ist nunmehr durch die obere Hälfte des letzten Artikels der "Frankfurter Zeitung", nahezu einstimmig, aber durch die erwähnten Andeutungen über die Geschmackrichtung und die Neigungen des Generals die Urtheilsverachtung jener Artikel in einer Weise entlarvt, daß ihre Produkte aus der Zahl der Preferenzeignisse, welche einer ernsthafte Erwidderung gewürdigt werden können, vollständig ausscheiden.

Nach dem "B. B.-C." hat der hier anwesende rumänische Staatskommissarius Rosetti in Berlin Prozesse eingeleitet und zwar zunächst zwei Civilprozesse gegen den Dr. Strousberg und einen Berliner Bankier wegen Rückerstattung und Hinterlegung ins Depot bei der preußischen Bank von 8,710,154 Thlr. (32% Millionen francs) mit 6 Prozent Zinsen. Er hat ferner schon im April einen Kriminalprozeß gegen die beiden Genannten und Herrn Ambrouz bei der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung beantragt. In diesem letzten Prozeß hat die Staatsanwaltschaft bis jetzt ihre Entscheidung noch nicht bekannt gemacht; in den beiden ersten Prozessen hat der Klagebeantwortungsstermin zum 1. Juli angestanden, ist aber auf Antrag der Angeklagten zum 19. September vertagt worden.

In Universitätskreisen unterhält man sich, wie die "Trib." mitteilt, von einem schüchternen Versuch, den ein Professor der Naturwissenschaften im akademischen Senat unternommen habe, um eine Revision des bekannten Prozesses gegen den Studenten ausschließlich zu veranlassen. So schüchtert aber auch der Versuch war, so groß war die Entrüstung besonders der juristischen Senatorien, und der Vorwurf, daß eine derartige Prozedur vollenks die schon auf schwachen Füßen stehende Autorität der akademischen Behörde untergraben müsse, impulierte dem Antragsteller derart, daß er seinen Antrag fallen ließ. Uebrigens hat es damit keine Gefahr, denn schon im nächsten Reichstage wird eine Petition zur Berathung gelangen, deren Resultat unzweifelhaft die Stellung der Universitätsmitglieder aller deutschen Hochschulen unter das gemeinsame Recht stellt. Das Verdienst, welche längst ersehnte und schon vor 30 Jahren vergeblich erstritten Reform endlich gezeigt zu haben, wird dann, wenn auch von ihm nicht beabsichtigt, unserem Universitätsrichter Lehner zugeschrieben werden müssen.

Die Runde durch die Blätter macht eine scheinbar ununterrichtete Mitteilung über die Standeserhöhung des Reichskanzlers. Es wird darin erzählt, der Fürstentitel sei als nicht erblich verliehen und es wird darin Bezug genommen auf vorherige Befragung und Meinungsausprägung des Fürsten Bismarck. Diese Notiz entbehrt nach der "Kreuzzeitung" jeder Begründung. Der Fürstentitel ist erblich nach dem Rechte der Erstgeburt verliehen. Ferner ist die Standeserhöhung am Tage der Eröffnung des Reichstages vom Kaiser aus völlig eigener Bewegung und in einem eigenhändigen Erlass vollzogen worden. Es ist also ganz aus der Lust gegriffen, als ob über die Angelegenheit vorher verhandelt worden wäre. Der Kaiser ist nicht in der Lage gewesen, irgend welche Ansichten darüber vorher zur Sprache zu bringen.

Die Rekruten-Einstellungen, die in den letzten Jahren regelmäßiger erst am zweiten Januar begannen, finden diesmal schon teils am 11. September, teils am 15. November statt. Am ersten Termine erhalten die in Frankreich stehenden Occupationsregimenter ihre Rekruten, sowie die im Elsaß garnisonirenden Regimenter ihre Rekruten, am 15. November finden dagegen die Einstellungen bei den heimathlichen Garde- und Linien-Regimentern statt. Während bei den älteren Garde-Regimentern 230 Mann per Bataillon eingestellt werden, erhalten die übrigen Regimenter 200 Mann per Bataillon, den Jäger-Bataillonen werden je 160 Rekruten zugewiesen. Im Ganzen gelangen bei der Infanterie des deutschen Reiches, die beiden süddeutschen Königreiche ausgenommen, nahezu 80,000 Mann zur Einstellung, mit der Artillerie, Train u. a. über 100,000 Mann. In Bezug auf die Kavallerie, Artillerie, Train u. a. über 100,000 Mann. In Bezug auf die Infanterie-Einstellung in Bayern und Württemberg werden die desfalls Verordnungen und Bekanntmachungen in den nächsten Tagen erfolgen. In Bayern ist die Stärke der einzustellenden Mannschaften auf 14,000 Mann festgesetzt, in Württemberg, wo die Neuformierung bereits begonnen hat (anstatt bisher 19 Infanterie-Bataillone sind gegenwärtig deren 24 formirt) werden über 6000 Rekruten eingestellt, so daß also im ganzen Gebiete des deutschen Reiches pro 1871-72 über 120,000 Mann Infanterie unter die Fahne gestellt werden.

In der gestern (30.) Abend im Konzerthause stattgehabten Generalversammlung der Bau-, Maurer- und Zimmermeister-Werke wurde folgender Beschuß einstimmig gefaßt: I. Sämtliche Arbeitgeber verpflichten sich nach dem nunmehr als beendet anzuhaltenden Streit die zuziehenden Gesellen nur nach den alten Bedingun-

gen d. h. mit einem Minimallohnsätze von Einem Thaler für die Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends einzustellen, — wobei es jedoch dem Erneffen des einzelnen Arbeitgebers überlassen bleibt, im Laufe der Arbeit bei entsprechender Tüchtigkeit eine Lohnauflösung für die einzelnen Gesellen einzutreten zu lassen. II. Die eingeleiteten Schritte der Kommission, eine große Anzahl Maurer nach Berlin zu ziehen, um nach Kräften das Verfaulne nachzuholen, finden die einmütige Billigung der Generalversammlung, und sollen der Kasse die zur Ausführung dieser Maßnahmen erforderlichen Geldmittel durch einen Beitrag, welcher auf Selbststeinschätzung jedes Einzelnen besteht wird, zur Disposition gestellt werden. Zu diesem Zwecke sind Beitragsstufen von zwei Thaler, fünf Thaler, zehn Thaler und mehr für angemessenen erachtet.

### Oesterreich.

Wien, 29. August. Wie verlautet, wird der Begegnung, welche zwischen dem 5. und 7. f. M. in Salzburg stattfinden wird, nicht bloß der Reichskanzler Graf Beust, sondern auch der ungarische Minister-Präsident Graf Andrássy bewohnen. Dies deutet darauf hin, daß in Salzburg das, was in Gastein vorbereitet und durchgesprochen wurde, gewissermaßen vollendet werden soll, und man wird in dem Umstande, daß Graf Andrássy der Schlussberatung beigezogen wird, einen Beweis dafür erblicken dürfen, daß zwischen dem Grafen Beust und dem ungarischen Minister-Präsidenten über die hiebei zu erörternden Fragen das vollkommenste Einverständnis besteht. Die „N. Fr. Pr.“ bemerkte aus Anlaß dieser Mittheilung:

Trotz aller Intrigen und Voraussagungen unserer Gegner wird in der ersten Woche des f. M. die zweite Begegnung der Monarchen von Oesterreich und Deutschland in Salzburg stattfinden. Alle Kombinationen, welche an den Umstand, daß die zweite Begegnung so lange auf sich warten ließ, geknüpft wurden, zerliegen also in nichts, und die Annahme, daß es in Folge der Unterhandlungen der beiden Reichskanzler in Gastein zu gewissen Vereinbarungen gekommen sei, ist inzwischen in erfreulicher Weise bestätigt worden. Darnit sind denn auch die Verleumdungen derjenigen, welche die Sympathien der Deutsch-Oesterreicher für Deutschland von jeher als Landesverrat und Preußenfeindschaft zu brandmarken beliebten, elendiglich zu Schwanden geworden, und wir werden hoffentlich dieses alberne Gerude und Gerümpel nicht mehr vernehmen. Nachdem, wie es scheint, zwischen den Höfen von Wien und Berlin ein herzliches Einverständnis erreicht worden, wird man wohl auch aufhören, es zu bemängeln, wenn ein ähnliches herzliches Einverständnis zwischen dem deutschösterreichischen Volke und Deutschland fortbesteht. Mit dieser glücklichen Wendung ist auch jenes blöde Gerude auf den Mund geschlagen, welches in der Annäherung Deutschlands an Oesterreich eine Gefährdung des Bestandes unseres Reiches erblicken wollte. Denn gerade die Annäherung, welche Deutschland an Oesterreich sucht, ist die glänzendste Widerlegung aller derartigen grundlosen Vorwürfe. Deutschland will ein starkes Oesterreich, weil es dessen in der Zukunft dringend bedarf. Deutschland und Oesterreich zusammen durch eine Politik verbunden, bilden einen Wall des europäischen Friedens, den kein tüchtiger Friedensstörer, ob er vom Osten oder vom Westen her anstrebt, zu durchbrechen im Stande sein wird.

Die hiesige „Allg. Med. Woehnschr.“ bezeichnet auf Grund verläßlicher Erfundigungen die Cholera mit epidemischem Charakter vorgekommen, als wären in Wien Fälle von asiatischer Cholera mit epidemischem Charakter vorgekommen, als wären in den Spitälern, noch in der Privatpraxis sei bis jetzt ein Fall von epidemischer Cholera beobachtet worden.

Auf dem österreichisch ungarischen Lehrertage, der in Linz stattfindet, mußte zufolge höherer Weisung der Antrag auf Streichung der religiösen Fragen von der Tagesordnung in der Versammlung eingebracht werden und herrschte deshalb Aufregung und Unruhe unter der liberalen Lehrerschaft. Es hatten sich trotz der klerikal Gezeiten 1400 Lehrer eingefunden, obwohl viele durch Drohungen der schwarzen Partei eingeschüchtert zurückgeblieben waren. Es waren besonders von den Lehrern auf dem Lande — meist Familienvätern — beim Komite Entschuldigungen eingelaufen, in welchen ausdrücklich betont wird, daß nur die Rücksicht auf Weib und Kind die betreffenden Lehrer veranlassen, den Drohungen zu weichen. Andererseits haben anonyme Schreiben mit Erzählen gedroht, wenn nicht die Diskussion über das Thema: „Wie muß der Religionsunterricht ertheilt werden und wer hat ihn zu ertheilen?“ aus dem Programm gestrichen und überhaupt die Religion aus dem Spiele gelassen würde.

### Frankreich.

Versailles, 28. August. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung verlas Bitet seinen Bericht über die Proposition Rivet:

„M. H.“ sagt im Wesentlichen Bitet, „Sie haben Ihre Kommission beauftragt, eine Proposition zu prüfen, die von verschiedenen Gesichtspunkten aus eine Modifikation eines der ernstesten Gegenstände verlangt, welche einer berathenden Versammlung vorgelegt werden

sollten. Wir sagen nur ein Wort von der Proposition des Herrn Adnet; er wird nicht darüber erstaunen, denn es ist nur eine Vertrauens-Eklärung, die im Namen des Landes dem Status quo ertheilt werden soll und deren Antrag der Kommission infolge besser vertragt worden wäre. (Auf der Rechten: Sehr gut!) Was den Antrag des Herrn Rivet anbelangt, so erkennt die Kommission an, daß dessen Dringlichkeit groß ist. Der Kredit allein kann unser Land befreien; es ist die Arbeit, welche nach dem Friedensschluß sehr lebhaft war und sich heute nicht mehr in den Bedingungen hinreichender Stabilität befindet, weil die Regierung jeden Augenblick gefürchtet werden kann. Dieser Antrag wurde seit längerer Zeit angekündigt, und die Ursache dieser Kritik besteht darin, daß man glaubt, sie habe nur den Zweck, den Pakt von Bordeaux zu zerreißen. Man verlangt einerseits, daß das Regierungs-Überhaupt seine Gewalten während dreier Jahre ausübt und daß er sich Präsident nennt. Dies ist der Antrag mit dem Brüder der Ministerverantwortlichkeit. Eine Vertragung des Antrages würde einer Weigerung gleich gewesen sein. Deshalb wollten die Gegner desselben in der Kommission sich auf ein Terrain der Verhöhnung stellen. Versuche, um dazubleiben zu finden, wurden gemacht. Bereit die Proposition, die wir in Folge deinen stellen, den Pakt von Bordeaux? Nein! Die Autoren haben selbst an die Worte des Herrn Thiers erinnert: „Ich werde weder die einen, noch die anderen täuschen.“ Die Republik hat für sich nur die Thatsache, sie muß ihre Probleme ablegen. Gehen wir zur Dauer der Gewalten über. Die Gewalten des Chefs der Exekutivgewalt auf drei Jahre verlängern, würde ihn unabsehbar machen. Was würde dann aus den Rechten der Versammlung werden? Diese kann eine solche Dauer nicht annehmen; es wäre ihre Abdankung. Nichts wäre gefährlicher, als eine bestimmte Dauer festzusetzen. Es wäre wie ein Rendezvous, welches man den Parteien giebt. Die im voraus festgesetzte Dauer der Gewalten würde auch die Konsequenz haben, daß die delegirte Gewalt die souveräne Gewalt überlebt. Wenn die Zeit kommt, werden wir sehen, wie wir unseren Nachfolgern die Gewalt übergeben. Wir haben also die drei Jahre zurückgewiesen. Wir beschränken uns darauf, das Nothwendige zu geben. Was wäre andernfalls aus dem Pakt von Bordeaux geworden? Die Verfassung von 1848 wäre in vielen ihren Theilen nicht anwendbar. Wir können übrigens nur Provisorisch schaffen, denn der Fremde ist noch in unserem Lande. Was die Beziehungen der Kammer zur Exekutivgewalt anbelangt, so würde, wenn wir sagten, daß ein unvergleichlicher Redner nur noch durch Votschäften sprechen soll, Frankreich versucht sein, zu lachen. (Lärm auf der Rechten.) Wir verlangen nur, daß Herr Thiers weniger oft die Tribune befehlt. Man hat oft behauptet, daß die Versammlung keine konstituierende sei. Wir haben diese Gelegenheit ergreifen, um laut zu erklären, daß das konstituierende Recht uns angehört, daß die Versammlung darauf hält, alle ihre Rechte zu bewahren, und daß sie an dem Tage, wo das Interesse des Landes es erfordert, sich derselben bedienen wird. Alles, worüber Zweifel obwalten könnten, haben wir aufgeklärt. Wir gestatten keine Angriffe auf unsere Prärogative. Wir hätten Ihnen eine Weigerung oder eine Vertragung vorschlagen können. Wir hätten aber so die Auflösung gemacht. (Lärm auf der Rechten.) Der Geist der Transaktion macht aus einer Majorität ein Regierungs-Instrument, eine Regierungspartheid. Hier die Beweggründe, welche die Kommission geglaubt hat, dem Antrage vorausgehen lassen zu müssen: „Die National-Versammlung, in Erwägung, daß sie das Recht hat, von der konstituierenden Gewalt, wesentliches Attribut der Souveränität, mit der sie bekleidet ist, Gebrauch zu machen, und daß die dringlichen Pflichten, welche sie sich zuerst auferlegen mußte, sie bis jetzt allein verhinderten, sich derselben zu bedienen; in Erwägung, daß bis zur definitiven Errichtung der Regierung es für die Entwicklung des Landes gut ist, daß unsere Institutionen in den Augen Frankreichs, wenn auch nicht die Stabilität, welche das Werk der Zeit ist, doch die Stabilität annimmt, welche aus der Eintracht des Volkes entspringt; in Erwägung, daß eine genauere Bezeichnung des Titels, welchen der gegenwärtige Chef der Exekutivgewalt trägt, als Wirkung hat, die Absichten der Nationalversammlung deutlicher hervortreten, den in Bordeaux abgeschlossenen Pakt fortzuführen zu lassen, und daß es gut ist, daß das Ensemble der neuen Garantien die Sicherheit und die Ehre des Landes sind, defretiert: Art. 1. Der Chef der Exekutivgewalt nimmt den Titel eines Präsidenten der Republik an und führt fort, diese Gewalt, so wie sie ihm in Bordeaux delegirten Funktionen unter der Autorität der Nationalversammlung anzusiedeln, so lange dieselbe ihre Arbeiten nicht beendet hat. Art. 2. Der Präsident der Republik verkündigt die Gesetze, so wie sie vom Präsidenten der National-Versammlung zugesandt werden. Er sichert und überwacht deren Ausführung. Art. 3. Er wird von der Versammlung so oft angehört, als er wünscht, und nachdem er den Präsidenten derselben benachrichtigt hat. Art. 4. Er ernennt und setzt die Minister ab. Die Minister sind vor der Kammer verantwortlich. Jedes Gesetz und Dekret muß von einem Minister gegengezeichnet werden. Der Präsident der Republik ist von der Versammlung verantwortlich.“ (Größe Erregung.)

Der Justiz-Minister bestätigt die Tribüne: Ich will nicht sofort die Diskussion beginnen. Ich will im Namen meiner Kollegen und der Meiningen nicht den tiefen Eindruck prüfen, welchen wir beim Vortrage dieses Berichtes empfunden haben, der theoretisch die Ge-

erklärten, nicht nach Amerika gekommen zu sein, um sich unterdrücken zu lassen. Wenn der Major auf seinem Vorhaben bestehet, dann würden die zehntausend Deutsche schon Sorge dafür tragen, daß nicht allein die Biergärten und Konzerthallen am Sonntag geschlossen bleiben, sondern daß auch alle Eisenbahnen, Tramways und Telegraphen den Sonntag auf's Strengste beobachteten, daß der Milchmann und der Eisemann, der Kutscher und die Schön am siebten Tage ausruhe — kurz daß alle Arbeit innerhalb wie außerhalb des Hauses aufhöre. Diese Erklärung führt den Puritanern in den Magen; sie halten eine Gegenversammlung, auf welcher sie erklärten, daß die Deutschen in Cincinnati nicht so ihren Willen durchsetzen würden, wie sie es in Frankreich gethan, und wenn sie ihre Drohungen auszuführen versuchten, dann würde man der Gewalt mit Gewalt entgegentreten. So stehen die Sachen augenblicklich und allgemein erwartet man mit großer Spannung, auf welche Weise dieser Konflikt endigen wird.

### Der Prozeß des Dr. Schöeppe.

(Aus Nordamerika)

Carlisle, Penna., den 9. August 1871.

In dem bekannten Schöeppe'schen Prozeß, der den Lesern dieser Zeitung noch erinnerlich sein wird, ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden, trotzdem der Unglückliche nun schon über zwei und ein halbes Jahr im Kerker schmachtet. Es sind im Laufe dieser Zeit sehr wichtige Entlastungsmomente für den Angeklagten aufgetreten, allein im ganzen Staate Pennsylvania existiert kein Gerichtshof, der die Macht hat, im jetzigen Stadium des Prozesses irgend welche Entlastungsbeweise anzuhören. Auch der letzte Antrag, auf den die Verfolgung sich in diesem Falle noch gestützt hatte — daß nämlich eine Verbindung von Blausäure und Morphinum die akute Wirkung der Blausäure, die sonst innerhalb von 5 bis 30 Minuten zu töten pflegt, bis auf 22 Stunden und noch länger verzögern könnte — ist der Anklage seitdem durch thatfächliche, gerade das Gegentheil beweisende Experimente, die von den ersten wissenschaftlichen Autoritäten des Landes gemacht worden sind, unter den Füßen weggezogen worden. Mit der Widerlegung dieser Hypothese, über welche zur Zeit des Schöeppe'schen Prozesses keine auf thatfächliche Experimente gestützte Resultate bekannt waren, fällt im Grunde genommen die ganze Anklage gegen Dr. Schöeppe in Nichts zusammen. Die Behauptung des objektiven Thatbestandes — daß wirklich ein Mord in diesem Falle begangen worden sei — wird durch die oben erwähnten Experimente aufs Glänzende zu Gunsten des Angeklagten widerlegt. Von einem Beweise des objektiven Thatbestandes ist überhaupt in diesem Prozeß niemals die Rede gewesen. Weil die Verföhrerin dem Angeklagten ihr Vermögen hinterlassen hat, so könne sie wohl an Gift gestorben sein — so folgerten die entfernten Verwandten der Verstorbenen und mit ihnen der Staatsanwalt. Fragt man aber nach dem Beweise des objektiven Thatbestandes, ja, der

ist niemals geliefert worden. Die Motive — die Motive, hieß es stets, sind vorhanden; darum hat Dr. Schöeppe die Dame ermordet. Da ein derartiges Strafverfahren allem Rechtsgefühl aufs krafftste und schändlichste höhne spricht, bedarf kaum noch der Erwähnung. Daher allein läßt sich auch die öffentliche Entrüfung, die sich gegen die Vollstreckung des Urteils in diesem Falle so allgemein geltend gemacht hat, zur Genüge erklären.

Dr. Schöeppe hat vor einiger Zeit — gestützt auf die durch nachträglich entdeckte Beweise gelieferte Widerlegung des objektiven Thatbestandes — sich in einer Eingabe an den Gouverneur, John W. Geary, von Pennsylvania mit der Bitte gewandt, der Gouverneur wolle ihm (dem Angeklagten) eine persönliche Audienz gestalten. Auf diese Eingabe ist von dem Gouverneur eine zufriedige Antwort ertheilt worden, und hat derselbe versprochen, im Laufe dieses Sommers den Angeklagten persönlich in dem Gefängnis zu Carlisle sich vorführen lassen zu wollen. In Übereinstimmung mit den deshalb von dem Gouverneur aufgestellten Regeln ist von dem Angeklagten ein Memorial vorbereitet worden, in welchem die Wichtigkeit der nachträglich entdeckten Entlastungsbeweise in kurzer Darlegung gezeigt ist. Dieses Memorial, von dem eine Kopie hier beilegt, wird dem Gouverneur bei der bevorstehenden Audienz persönlich von dem Angeklagten überreicht werden.

Man glaubt allgemein, daß auf die dem Angeklagten gewährte persönliche Audienz eine endgültige Entscheidung von Seiten des Gouverneurs folgen werde. Und daß diese Entscheidung nur in der Entlastung des Angeklagten bestehen wird, darüber herrscht nur eine Stimme. Der Gouverneur, so glaubt man hier allgemein, hat durch die Gewährung dieser persönlichen Audienz die moralische Verpflichtung übernommen, den Fall in endgültiger Weise zu entscheiden.

\*\*

\* Der Fremdenbesuch im Goethehaus war in diesen Sommermonaten ein äußerst lebhafter und namentlich an dem Geburtstage des Dichters sah man seine Verehrer zahlreich die Räume des Hauses durchschreiten. Charakteristisch ist ein Deutscher, den ein guter Oesterreicher dieser Tage im Fremdenbüchle hinterließ. Derselbe lautet:

Und jeder Schritt, den durch die alte Herrlichkeit  
Ich einsam, sinnend, trauernd mir erlaube,  
Beweist mir, daß die Lieb' zum alten Reich dahn;

Dir Oesterreich bleibt — die Hoffnung und der Glaube."

Ein folgender Besucher setzte aber gleich darunter:

Das alte Reich ist hin, ein neues ist erstanden,  
Es ist geachtet hoch in allen Landen.

Das alte war ein Wesen ohne Sein,

Drum kann geliebt es nur von Träumern sein."

walsten des Präsidenten und der Versammlung bespricht. Aber wir wollen sagen, daß nach unserer fechten Überzeugung ein Wort darin fehlt, nämlich eine Erklärung des Vertrauens in den Mann, dem Sie diese Gewalt anvertrauen wollen. Ich verlange daher von der Versammlung, den folgenden Paragraphen den drei Beweggründen hinzuzufügen, welche dem Dekret vorangehen: „Uebrigens die eminenten Dienste, welche der Chef der Exekutivgewalt seit sechs Monaten geleistet hat, und die Garantien in Betracht ziehen, welche die Dauer der Gewalt darbietet, die er von der Versammlung erhält, defreit etc.“ — Die Sitzung wird um 5 Uhr inmitten einer großen Aufregung aufgehoben.

Die Beziehungen Mac Mahons, des Oberbefehlshabers der ersten Armee, zu Thiers sind ziemlich kalt. Die Journale behaupten zwar, daß der Marschall ein viel zu ehrlicher Mann sei, um sich von der Rechten zu ihren Intrigen benutzen zu lassen. Nichts desto weniger gilt es für thatfächlich, daß derselbe einer der eifrigsten Gegner der Verlängerung der Gewalten für Thiers ist. MacMahon betrachtet sich als den Retter von Paris; er glaubt, daß die Armee, welche die französische Hauptstadt eroberte, ohne ihn nicht marschiert wäre. Zu welcher Partei er eigentlich gehört, ist streitig. Diejenigen, die ihn für einen Legitimisten halten, übersehen, daß er seine hohe Stellung einzigt und allein dem Kaiserreich verdankt. Daß er der Nachfolger Thiers — die Rechte bot ihm dies an — nicht werden mag, ist einfach dadurch zu erklären, daß er weiß, wie er einer so schwierigen Stellung nicht gewachsen wäre.

Der „Temps“ meldet: „Am 25. August fand in Versailles unter der Präidentschaft des Herrn Ferray d'Espagnes eine Versammlung der vogefer und der elsäg-lothringen Deputation statt, um zu einem Einverständnis über die Fragen zu gelangen, welche die Annexion dieser beiden Provinzen an Deutschland aufgeworfen hat. Nach loyalen Erklärungen über die Forderungen der elsäg-lothringen und die Befürchtungen der vogefer Industrie wurde das Prinzip der Konzession auf der Basis der reduzierten und progressiven Eingangszölle als gerecht und nothwendig erkannt. Andererseits wurde die Nothwendigkeit, daß die freie Einfuhr der Elsäg-Lothringer sobald als möglich aufhöre, um dieselbe einem Zolle zu unterstellen, welcher die neuen Lasten repräsentire, die auf der französischen Industrie lasten würden, von der elsäg-lothringen Deputation ohne Widerspruch zugestanden. Die Frage ist also auf ihr wahres Terrain gestellt worden: Theilnahme unserer unglücklichen Provinzen an der französischen Bevölkerung, deren plötzliches Auftreten für sie ein Gnadenlos gewesen wäre, und zugleich Beteiligung an den aus dem Kriege entspringenden nationalen Lasten. Wir hatten immer geglaubt, daß der Widerstand der französischen Industrie, die elsäg-lothringen Produkte auf dem französischen Markt zu zulassen, auf einem Misverständnis beruhe. Die Regierung, welche sich bis jetzt hinter entgegengesetzte Interessen verbarg, wird in Zukunft nicht mehr ein Prinzip bestreiten können, das selbst von denen zugelassen worden ist, die glauben konnten, es in ihrem Interesse bekämpfen zu müssen. Wir zweifeln daher nicht mehr, daß das transitorische System gegen die Kompensationen bewilligt wird, welche Herr v. Arnim anbietet. Es ist wahr, daß die vogefer Deputation ihre Zustimmung noch nicht gegeben hat. Aber wir hoffen, daß sie nicht zögern wird, daß Beispiel der vogefer Deputation zu folgen.“

Die „Gazette de France“ zeigt an, Herr Larch habe seine Demission eingereicht. Derselbe ist nämlich gegen die Proposition Rivet und will bei der Abstimmung seine vollkommene Freiheit haben.

Auf die Beschwerde des deutschen Gesandten, Grafen v. Waldersee, hin ist bekanntlich die „Liga für die Befreiung des Elsässes und Lothringens“ von der französischen Regierung ausgelöst worden. Man spricht aber davon, daß dieselbe Gesellschaft unter einem anderen Namen, wie z. B. „Liga für das Wohl der Elsässer und Lothringen“, fortbestehen werde, natürlich mit denselben geheimen Tendenzen.

In der Sitzung des Municipalrathes vom 25. August legte der Seine-Präsident den neuen Anleiheplan vor. Zur Beschaffung der 350 Mill. sollen 3 Prozentige Obligationen ausgegeben werden, die nach 75 Jahren mit 500 Fr. rückzahlbar sind, deren Emissionshöhe aber noch nicht festgestellt ist; der Betrag der Prämien, die jährlich zur Verlosung kommen sollen, ist 1,500,000 Fr. Seitens der radikalen Partei wurde zuerst die Prämien-Verlösung als unmoralisch und eines demokratischen Staates unwürdig befürchtet und dann in Bezug auf die Amortisation ein kürzerer Termin verlangt, weil die jetzige Generation allein für ihre begangenen Fehler büßen müsse und ihren Nachkommen keine Schulden aufzürden dürfe. Doch wurden diese Ansichten von der Majorität verworfen und der Entwurf mit 42 gegen 19 Stimmen unverändert angenommen. Ranc, dessen Flucht nach England eine Zeitungsseite geweisen, wohnte der Sitzung bei.

**Versailles**, 28. August. In der heutigen Sitzung des dritten Kriegsgerichts vervollständigte der Advokat Maréchal die Vertheidigung Lullier's. Ich erkläre, so sagte er, daß, als Lullier im Monat Mai sich mit der verailier Regierung verständigen wollte, er vor Allem den Gedanken hatte, sein demokratisches Programm zu verwirklichen. Da er seinen Zweck nicht erreichen konnte, so suchte er zum Wenigsten den Strafkampf zu verhindern, und sammelte um sich eine gewisse Anzahl Vertrauensmänner, um die Kommune im gelegenen Augenblick zu bekämpfen. Ich halte darauf, den wahren Charakter Lullier's herzustellen, der das Geld der versailier Regierung nur annahm, um die Diktatur wieder zu erobern und Paris unter der doppelten Bedingung, der Aufrechterhaltung der Nationalgarde und einer Amnestie, zu übergeben. Präf.: Wollen Sie sagen, daß das der Gedanke Lullier's war, als er mit den Agenten der Regierung unterhandelte? Berth.: Es waren die Bedingungen, welche von diesen angenommen worden waren, und ich finde den Beweis dafür in den Aussagen des Herrn Camus. Lullier: Es ist wichtig, vor Ihnen die Wahrheit herzustellen. Ich bin heute, was ich gestern und vorgestern war, was ich morgen und immer sein werde. Deshalb sollte ich auch die Kommune wegseggen, die alle Freiheiten und Rechte der Bürger verletzte. Ich habe sie in allen Journale, in allen Klubs, selbst in den Cafés schärft mitgenommen, in welchen letzteren ich oft zu Thätschkeiten gegen die übergang, welche sie vertheidigten. Ich könnte in der Hoffnung eine Masse Zeugen aufrufen; dieses ist aber unnötig. Allein aller Hülfsquellen beraubt, bereitete ich eine Bewegung gegen die Kommune vor. Wer ich bedurfte eines Vorwand, einer Gelegenheit oder der Mittel zum Handeln. In dieser Gemüthsinstellung machten mir die Abgeordneten der versailier Regierung Anträge, welche ich annahm, und ich würde gehandelt haben, wenn ich die Summen empfangen hätte. Es bleibt also eine unlängst Thatsache: zwischen mir und der Regierung bestand ein wahrhafter Vertrag, dessen Bedingungen ich gehalten, und dessen erste Bedingung, welche die Regierung freiwillig anbot, die Freiheit für mich und meinen Generalstab war.

Urbain wird hierauf mit mehreren Zeugen konfrontiert, welche aussagen, daß er am 22. Mai vier Exekutionen in den Tuilerien begegnet. Urbain: Ich habe eine Exekution aus der Ferne gesehen. (Ereignis.) Es war ein Nationalgardist, der mit einem Beil zwei seiner Kameraden erschlagen hatte. Dreizehn Töchter führten ihn habhaft an mir vorüber, um Gerechtigkeit zu üben, und ein Kind von 12 Jahren trug das blutige Beil. Die Zeugen beharren darauf, daß in seiner Anwesenheit in den Tuilerien vier Personen füllt worden seien. Urbain leugnet alle diese Aussagen.

Renaud (Berücksichtiger Advokat) beginnt nun die Vertheidigung von Rastoul. Er erklärt, daß er Gott achtet und ehrt, daß er die Familie liebt, und daß, wenn Frankreich seine Revanche nehmen wolle, man zu arbeiten anfangen müsse. Dann dankt er dem Kriegsgericht für die Sorgfalt, die es auf die Beurtheilung der Angeklagten verwandt, welche das Publikum ohne Gehör bestraft haben wollte. Was Rastoul belangt, so habe er sich in die Kommune verirrt. Er sei gebürtig, weil er recht zu handeln glaubte. Er sei ein Mann voll Illusionen. Zum Mitgliede der Kommune erwählt, müsse man sehen, welche Rolle er dort gespielt habe. Um ihn gehörig zu würdigen, müsse man das offizielle Blatt der Kommune nicht in Betracht ziehen. Man müsse die

Stenographen und Sekretäre der Kommune vernehmen. Er habe es verlangt. Reg.-Romm.: Wir haben gehan, was in unserer Macht stand, wir haben die Stenographen der Kommune aufsuchen lassen. Wir haben nach Brest und Rochefort telegraphirt. Präf.: Und glauben Sie, daß dieselben sich dessen erinnern werden, um was Sie dieselben befragt haben? Berth.: Sie haben ihre Noten, und sie haben sie aufgehoben, denn es steht ein Vermögen darin. Reg.-Romm.: Wohlan! Verschaffen Sie sich dieselben. Berth.: Dieses ist nicht unsere Sache. Zum Antrag Rastoul's (er ist bekanntlich Arzt) übergehend, sich den Preußen zu überliefern und von ihnen zu verlangen, sie nach Amerika zu transportiren, meint der Vertheidiger, daß er Gott danken würde, wenn die Pariser Injurienten alle nach Amerika gegangen wären, denn man würde nicht den heutigen Prozeß haben. Die Sitzung wird nun suspendirt. Nach Wiederaufnahme der selben protestirt der Vertheidiger Bigot gegen die Art und Weise, wie der Advokat Renaud die Institution der Internationale beprochen hat. Er sagt, daß die menschliche Gesellschaft für die Handlungen der Verbrechen, die es in ihr gebe, nicht verantwortlich sei. Eben so wenig könne man die Internationale für die Handlungen der Erhaltungen zur Verantwortung ziehen, die sich in ihr befinden. Advokat Renaud bedauert den Ton, welchen sein Kollege angenommen hat. Er würde sich nie erlauben, einen Advokaten zu unterbrechen. Der Vertheidiger nimmt alsdann seinen Plaidoyer wieder auf. Er stellt zuerst auch allgemeine Betrachtungen an. Wenn, meint er, der Zufall wolle, daß eine bonapartistische Restauration stattfinde, was würde dann die Lage der National-Versammlung sein? Sie würde keine regelmäßige sein. Am 26. sei Rastoul von seinem Standpunkte aus, mit einem zum wenigsten eben so regelmäßigen Mandate betraut worden, als die Mitglieder der Versammlung. Rastoul sei ein ehrlicher Mann, voll guter Gesinnungen. (Er theilt zum Beweis einige Briefe derselben mit.) Er trennt die Handlungen seines Klienten von denen der übrigen Angeklagten, indem er sagt: „Gott bewahre mich indeß, diese zu belasten, ich wünschte im Gegenteil, daß sie mich zum Richter hätten.“ Schließlich trägt er dann auf die Freisprechung Rastoul's an. Duodrav fündigt an, daß die vier Zeugen, welche Betrefts der Mairie des 11. Arrondissements zitiert wurden, angekommen sind. Reg.-Romm. weigert sich, dieselben zu vernehmen, da der Gerichtshof auf hinreichende Weise aufgeklärt sei. Man ruft indeß den Zeugen Lombard, der einen Plan der Mairie aufzeichnet. Man beschließt, daß man diese Frage morgen prüfen wird. Ferré (Angeklagter): Aber Sie haben gefragt, daß Sie die Zeugen Betrefts der Begehnheiten in der Mairie vernehmen würden. Sie sollten sie kommen lassen. Präf.: Seien Sie höflicher. Ich gestatte Ihnen nicht, mich kurzweg mit „Sie“ anzureden. Sie müssen zum Präsidenten sprechen. Nicht ich persönlich bin hier, sondern der Präsident. Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen.

Das vierte Kriegsgericht zu Versailles verhandelte am 27. in Sachen des Marine-Korporals Due, der angeklagt war, auf den Umlauf der Regierung hingearbeitet, zu einer bewaffneten Bande gehört und in derselben Befehl gegeben zu haben zur Blünderung und Verwüstung mehrerer Gemeinden. Er hatte sich im Monat März auf Urlaub in Paris befinden und sich dazu bestimmten lassen, in der Flotte der Kommune Dienste zu nehmen. Da er aber nicht zum Kommandanten des Kanonenboots ernannt wurde, auf das man ihn geschickt hatte, so trat er am 13. Mai als Lieutenant in das Marine-Bataillon der Nationalgarde über. Obgleich er behauptete, nicht gegen die versailier Truppen gekämpft zu haben, so verurtheilte ihn doch das Gericht zu lebenslanger Haft in einer Festung und zur militärischen Degradation. Als er nach seinem Gefängnisse zurückgeführt wurde, stürzte sich auf dem Platz vor dem Palais seine Schwester, die die Sitzung beigewohnt, laut weinend in ihre Arme und fiel dann ohnmächtig zu Boden. Starke Gruppen, welche diesen Vorfall auf verschiedene Weise kommentirten, bildeten sich auf dem Platz und mischten mit Waffengewalt auseinander getrieben werden. Das vierte Kriegsgericht verurtheilte ferner Lecourt, Hauptmann im 249. Bat., wegen Beteiligung an der Empörung zu lebenslanger Deportation in einem befestigten Orte. Der Anklage zufolge hatte er sich mit großer Energie in Paris und La Billette geschlagen und an letzterem Orte fünf Stunden hinter einer Barrikade gekämpft.

### Großbritannien und Irland.

**London**, 24. August. Allmählig wird es klar, warum der hiesige persische Gefande mit solcher Hartnäckigkeit alle Berichte von der Hungersnoth in Persien wegzuleugnen verucht. Die persische Regierung selbst trägt einen Theil der Schuld an dem Elende, welches das Land befallen hat; sie hat nicht nur keine Maßregeln getroffen, das frühzeitig genug zu steuern, sondern es sogar durch ihre eigene Unflugheit und Hartherzigkeit befördert. Aus Schiras vom 23. Juni wird der „Daily News“ geschrieben: „Die persische Regierung zeigt die größte Gleichgültigkeit. Als im vorigen Jahre die Hungersnoth eben begann, erhobte sie an mehreren Orten die Grundsteuer, worauf die Preise der Garten- und Feldfrüchte um 25 Prozent und mehr stiegen und die Arbeitslöhne sanken. In manchen Fällen waren die Folgen noch schlimmer. So konnte, um nur ein Beispiel zu erwähnen, der Besitzer eines großen Gartens die erhöhte Steuer nicht gleich zahlen. Der Bezirksgouverneur ließ ihm sofort den Bewässerungskanal abschneiden, und in wenigen Tagen waren alle Pflanzen gelb und trocken. Noch immer wurde das Wasser vorenthalten, und in einem Monate waren alle Zitronen- und Orangenbäume des Gartens, 12,000 an der Zahl, dörrtes Brennholz.“ Nicht uninteressant ist eine Stelle des Briefes, welche sich über den Herrscher des Landes ausläßt. Der Schah, heißt es daselbst, „ist seit seiner Rückkehr von Kerbela sehr orthodox geworden und jetzt ganz in den Händen der Geistlichkeit. Wie ich aus Teheran höre, angerte er zu einem seiner Minister, daß es den Europäern nicht gestattet werden dürfe, während des Regens über die Straße zu gehen, stattdessen einen Regentropfen von einem Europäer auf einen Muselman spritzen und diesen verunreinigen könnte. Die jetzt in des Schah's Diensten stehenden Europäer seien keiner annehmen Zukunft entgegen; Entlassung droht ihnen jeden Augenblick und ihre Gehälter sind ohnedies immer im Rückstande. Seitdem der Schah von dem französisch-deutschen Kriege gehört hat, ist ihm alles Zutrauen zu den seine Truppen einexerzierenden Offizieren geschwunden. Ein preußischer Offizier oder keiner!“ ist sein Ausspruch. Auch soll schon ein preußischer Oberst für Persien gewonnen sein.“

### Rußland und Polen

**Warschau**, 29. August. In vielen Exemplaren zirkulirte hier ein offener Brief unter den Polen. Die meisten Exemplare derselben sind bereits konfisziert und auf die etwa noch vorhandenen wird eifrigst Jagd gemacht. Ich habe Gelegenheit gehabt, den Brief flüchtig durchzulezen und ist sein Inhalt wesentlich folgender. Nach einer kurzen Einleitung, in welcher auf die Mission Polens hingewiesen und zugleich angekündigt wird, wie wenig es bis jetzt seiner Mission entsprochen, sagt der Verfasser: „Je mehr sich die Verhältnisse unseres Staaten- und Kulturliebs herausbilden, desto rascher und erfolgreicher streben sie nach den größten und letzten Konsequenzen und Entscheidungen, welche den Bedürfnissen der Menschheit angemessene politische Formen gewähren sollen; desto schärfer müssen sich auch die obwaltenen Gegenseite entwickeln und endlich auch auszukämpfen suchen, und da dies namentlich im Osten von Europa jetzt mehr wie je in Wahrnehmung ist, so dürfte und wird wohl auch Polen der Wahlplatz sein, auf welchem sich die Anschauungen, Ansprüche und Interessen des Abendlandes und des Ostens, die Tendenzen dreier Großstaaten begegnen. Die Stellung Polens ist und bleibt eine schwierige, und hat eben diese Stellung den Untergang Polens besiegt. Wenn die Politik der Germanisierung oder Russifizierung ihr Ziel, die Substanz des Polenthums zu zerstören und aufzusaugen, auch nicht vollständig erreichte, so hat sie diese Substanz doch bereits so weit neutralisiert, daß jeder Versuch zu einer Regeneration für Polen ein leerer, unheilbringender Ver-

such bleiben muß, so lange nicht der Augenblick gekommen ist, wo die Macht der Umstände jeder Realpolitik ein Ende macht und wo es an den Polen sein wird, den Sieg an die Fahnen der Politik fesseln zu helfen, aus der ihnen die frischeste Lebenssudor entgegenquellen und die ihr die sichersten Garantien für materielles und geistiges Bestehen bieten wird.“ r. r.

### Türkei und Donausfürstenthümer.

Aus Bukarest wird dem „P. L.“ gemeldet: Am 15. September wird der Fürst eine außerordentliche Kammer session einberufen, um einen neuen Vorschlag bezüglich der Eisenbahn-Obligationen einzubringen. Bis dahin unterläßt das Berliner Kabinet alle weiteren Schritte. — Eine ähnliche Mitteilung erhält die „Presse“ in folgendem Schreiben aus Bukarest, 24. August.

„Der Termin, welchen die rumänische Regierung dem Konsortium Strousberg gesetzt hatte, um einen Arbitri zu ernennen, welcher im Verein mit dem Arbitri der rumänischen Regierung, Herrn Bernescu, schiedsgerichtlich die Annulierung der Konzession aussprechen sollte, ist vorüber, ohne daß das Konsortium der an dasselbe ergangenen Auflösung folge geleistet hätte. Nach dem von der Kammer defreitirten Modus hätte nunmehr die Regierung auch den zweiten Arbitri zu ernennen, aber sie scheint damit zu zögern, weil schon der Schiedsrichter Bernescu, obgleich einer der Haupturheber der berüchtigten Kammer-Annulierung der Konzession nicht kompetent sei. Bernescu ist nicht allein Kammermitglied, sondern zu seinem Unglück auch Advokat, wodurch ihm denn doch einige Bedenken aufgetragen sein mögen. Wenn sich die Sache in der That so verhält, so sind die Kammerbeschlüsse bereits ad absurdum geführt und es bleibt nichts weiter übrig, als sie zurückzunehmen. Ich höre auch bereits aus guter Quelle, daß der Fürst Carol die Kammer auf den 15./27. September nochmals zu einer außerordentlichen Session einberufen wird. In dieser Session muß die Kammer ihre unausführbaren Beschlüsse zurücknehmen oder sie muss aufgelöst werden, und die aus Neuwahlen hervorgehende Kammer, welche den Vortheil hat, daß sie ihre Berathungen nicht bei 28 Gräßen Repräsentanten zu halten hat (was bei der letzten Kammeröffnung entschieden einen traurigen Einfluß nahm), wird alsdann wohl mehr moderierte Ansichten entwickeln.“

### Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 1. September.

— Wir stehen am Vorabend eines großen Gedenktages. Morgen wird ein Jahr darüber hingegangen sein, daß im ganzen deutschen Vaterlande die Kunde von der Niederwerfung des kaiserlichen Frankreichs, von der glorreichen Schlacht bei Sedan und der Gefangennahme Napoleons unter dem endlosen Jubel Altdutschlands widerhallte. In Berlin wird, wie man von dort berichtet, am 2. September der Schulunterricht ausfallen; die Mehrzahl der höheren Schulen beabsichtigt mit Fahnen und Klingendem Spiel Ausflüge zu unternehmen.

— Wir haben von Vorbereitungen zu einer Erinnerungsfeier auch am heutigen Tage (außer dem Erinnerungsfest des Landwehrvereins) bisher keine Kenntniß erhalten, möchten aber nicht unterlassen haben, den Wunsch auszusprechen, daß auch bei uns der herrliche Gedenktag in entsprechender Weise gefeiert werde. Für einen „patriotischen Kneipabend“, hat, wie wir nachträglich erfahren, ein „Komitee zur Wiedereröffnung Napoleons III.“ bereits gesorgt.

— Der **Landwehrverein** wird zur Erinnerung an die Schlacht bei Sedan, sowie an das gleichzeitige Gefecht bei Roisserville bei Mecklenburg, an welchem das Posener Landwehrbataillon einen so ruhmvollen Anteil hatte, an dem Sonntage nach dem 2. September, d. h. am nächsten Sonntage, im Vittoriapark ein Fest veranstalten. Dasselbe wird durch Konzert und Spiele, March vom Vittoriapark nach dem Eichwald, Dekoration und Beleuchtung des Parks durch bengalische Flammen, Festrede und launige Vorträge gewürzt werden.

— Die **Schießübungen** der 5. Artillerie-Brigade finden vom 8. bis 23. September d. J. auf dem Schießplatz bei Glogau ( $\frac{1}{2}$  Meile nördlich von der Oder bei Berbant) statt, und marschiren die Batterien und Festungskompanien aus Posen dazu bereits am 2. September aus. An dem Schießplatz nehmen Theil die Batterien und Festungskompanien aus Posen, Glogau, Sprottau, Sagan, Thorn und Graudenz, und werden dieselben nebst den Pferden in dem Barackenlager untergebracht.

— Am heutigen **Jahrestage** der Schlacht bei Sedan sind die königlichen und städtischen, sowie viele Privatgebäude unserer Stadt mit Fahnen geschmückt.

RC. **Die Gesamtzahl der eisernen Kreuze**, welche während des Krieges von 1870/71 zur Vertheilung gelangten, beläuft sich nach einer im Kriegsministerium veranstalteten oberflächlichen Zusammenstellung auf ca. 10,000, es ist das eine Zahl, welche, wenn man sie in Vergleich stellt zu den während des Feldzuges von 1813–15 verliehenen Kreuzen, hinter dieser Vertheilung nicht unerheblich zurückbleibt. Denn während die deutsche Armee in dem letzten Feldzuge mehr als das vierfache derjenigen Zahl betrug, welche in den Jahren 1813–15 die preußische Armee repräsentirte, so betrug die Zahl derjenigen eisernen Kreuze, welche in den Befreiungskriegen zur Vertheilung gelangten, doch ca. 15,700. Ganz besonders erheblich tritt aber dieser Unterschied bei den Verleihungen der oberen Klassen dieses Ordens in den Vordergrund. So wurde z. B. während der Befreiungskriege das Großkreuz des eisernen Kreuzes außer den Kronprinzen von Sachsen, an die Generale Fürst Blücher, von Gneisenau, Graf von Prittwitz und Gaffron, verliehen, während in dem letzten Feldzuge diese höchste Klasse des Ordens nur an sieben hervorragende Generale gegeben wurde, nämlich an die drei prinzlichen Marschälle, Kronprinz des deutschen Reiches, Prinz Friedrich Karl und Kronprinz von Sachsen, an den Feldmarschall Graf Moltke und Generalleutnant v. Werder, v. Goeben und v. Manteuffel. In gleicher Weise bietet sich eine geringere Vertheilung der Dekoration des eisernen Kreuzes erster Klasse während des letzten Feldzuges dar und hier tritt der Unterschied so augenfällig hervor, daß die Zahl der 1870/71 verliehenen Dekorationen dieser Klasse fast um die Hälfte geringer ist, als diejenige war, welche 1813–15 zur Vertheilung gelangte.

— **Bon Posen nach Leipzig resp. Dresden** ist mit dem 5. September d. J. eine direkte Eisenbahn hergestellt, nachdem die vollen 5 Meilen lange Strecke Guben-Cottbus der Bahn Halle-Sorau-Guben vollen ist. Man benutzt von hier aus die Märkisch-Posener Bahn bis Guben, fährt von da bis Cottbus, durchschneidet hier die Berlin-Görlitzer Bahn und fährt dann von Cottbus bis Großenhain-Briesnitz an der Bahn von Berlin nach Dresden. Von hier kann man alsdann auf der Leipzig-Dresdner Bahn Leipzig erreichen. Der Preis für die Fahrt von Posen nach Dresden beträgt II. Klasse auf 6 Thlr. 15 Sgr., III. Klasse auf 4 Thlr. 11 Sgr.; nach Leipzig II. Klasse auf 7 Thlr. 17 Sgr., III. Klasse auf 5 Thlr. 1. Sgr. Wenn man nach dem neuen Fahrplane der Märkisch-Posener Bahn 6 Uhr 35 Min. Morgens von hier abfährt, ist man 11 Uhr 8 Min. in Guben, 12 Uhr 30

Leipzig nach Posen 13½ Stunde. Von Dresden fährt man, um auf diesem Wege nach Posen zu gelangen, 10 Uhr Vormittags ab; Fahrzeit demnach 12½ Stunde. Die übrigen Züge, welche von Guben nach Cottbus 6 Uhr 4 Min. Morgens und 6 Uhr Abends, von Cottbus nach Guben dagegen 6 Uhr 15 Min. früh und 8 Uhr 10 Min. Abends abgehen und nach einstündiger Fahrzeit in Cottbus resp. Guben eintreffen, haben für diejenigen, die von hier nach Leipzig-Dresden und umgekehrt reisen, keine Bedeutung. Dagegen lehrt ein Blick auf die Eisenbahnart, daß die Reise von Posen nach Leipzig-Dresden, die bisher entweder über Berlin oder auch über Görlitz ging, durch die Eröffnung der Strecke Cottbus-Guben ganz außerordentlich abgekürzt ist. Voraussichtlich wird dies mit dazu beitragen, den Verkehr auf der Märkisch-Posener Bahn nicht unbedeutlich zu halten. Noch mehr wird derselbe zunehmen, wenn erst die Bahn Posen-Thorn mit ihrer Fortsetzung nach Insterburg einerseits, und Cottbus-Hinterwalde-Torgau-Eilenburg-Döllitz-Halle andererseits vollendet sein wird. Man wird dann auf einem noch kürzeren Wege von Cottbus über Döllitz nach Leipzig fahren.

**Auf dem alten Bahnhofe** kam gestern ein Mann aus der Provinz mit 12 Hühnern an, welche er verkaufen wollte. Da er sich jedoch dessen verlor, war der Sach, in welchem sich die Hühner befanden, verschwunden. Polizeiliche Recherchen ergaben nun, daß in einem Gasthaus auf St. Martin ein Mann mit einer Tasche vorgefahren und später die 12 Hühner an eine Händlerin für 1 Thlr. 20 Sgr. verkaufte. Es ist gelungen, des Diebes, eines Mannes aus der Buer Gegen, habhaft zu werden.

**Uebertritt zum Judenthum.** In voriger Woche hat ein Arbeitssmann beim hiesigen Kreisgericht sein Ausscheiden aus der katholischen Kirche, welcher er bisher angehörte, sowie seinen Uebertritt zum Judenthum angemeldet. Als Motiv dieses Schrittes gab er den Grund an, daß er eine Jüdin aus einer kleinen Stadt unserer Provinz zu heiraten gehofft sei, und ihm voraussichtlich die Trauung in der Landeskirche verneigt werden würde.

**Robert Prug** ist, wie wir hören, auch für den kommenden Winter zu Vorträgen in dem hiesigen Verein junger Kaufleute gewonnen worden. Er wird über die deutsche Literatur des 18. Jahrhunderts mit Hinsicht auf die gleichzeitige englische und französische Literatur-Geschichte sprechen. Weitere Aquisitionen stehen dem genannten Vereine noch bevor.

**Das revidierte Statut** der Elementar-Schullehrer-Wittwen- und Waisen-Kasse des Regierungs-Bezirks Posen, welches unter dem 14. Juli d. J. von Seiner Majestät dem Kaiser und dem Unterrichtsminister bestätigt worden, ist dem neuesten Schulblatt für die Provinz Posen enthalten. Zweck der Kasse ist die Unterstützung der hinterbliebenen Wittwen und Waisen verstorbener Lehrer an öffentlichen Elementarschulen im Reg.-Bez. Posen durch Gewährung von Pensionen und erstreckt sich auf sämtliche vorhandene und künftig zu errichtende öffentliche Elementar-Schullehrstellen in den Städten und auf dem platten Lande des Reg.-Bez. Posen, und umfaßt ohne Unterchied der Konfession vom Antritt des Amtes an alle durch Ausfertigung einer Volution angestellten Lehrer an Elementar- und gehobenen Elementarschulen. Als Nachdruck haben diejenigen, welche bisher noch nicht der Kasse angehörten, 2 Thlr. pro Jahr seit dem Tage der Aufführung nachzuholen, jedoch im Ganzen höchstens 20 Thlr. Die Mitgliedschaft hört in der Regel mit Niederlegung des Amtes auf, außer wenn das betreffende Mitglied die Fortzahlung der statutenmäßigen persönlichen sowie der Stellen- und Gemeindebeiträge übernimmt; wenn es in einen anderen Kassenbezirk versetzt wird und Mitglied der dortigen Kasse wird. Außer dem Eintrittsgelde und den laufenden Beiträgen wird von jeder Gehaltsveränderung der Betrag für das erste Quartal an einer Lehrstelle obliegt; die Gemeinden, welchen die Unterhaltung einer Kasse eingesetzt; die Lehrerstellen zu der Kasse des Bezirks, welchem sie angehören, zu entrichten. Die sonstigen Einnahmen bestehen in den Zinsen der angelegten Kapitalien, in Kollekten, Gebühren &c. Die jährliche Pension der hinterbliebenen Wittwen der Mitglieder ist zunächst auf je 50 Thlr. festgesetzt; geschiedene Ehefrauen, falls sie der schuldige Theil sind, haben keinen Anspruch auf Unterstützung; andernfalls kann ihnen die Hälfte der Pension gewährt werden; gleichfalls keinen Anspruch haben Wittwen, welche sich wieder verheirathen oder aus dem Gebiete des deutschen Reichs auswandern &c. Ist dagegen eine Witwe nicht vorhanden, oder verheirathet sich diese wieder, so beziehen die Kinder des verstorbenen Mitgliedes die Pension bis zum 16. Lebensjahr. — Die Verwaltung der Kasse ist der l. Regierung übertragen. In jedem Kreise resp. in der Stadt Posen besteht ein Vorstand, zusammengesetzt aus dem Landrat (als Vorsitzenden) resp. Bürgermeister Posen, aus 2 Vertretern des Kreises resp. der Stadt Posen, aus Vertretern der Schul-Inspektion und aus 3 Lehrern. Die Vertreter des Kreises resp. der Stadt Posen werden vom Kreistage resp. vom Magistrat und den Stadtverordneten Posen, die 3 Lehrer von sämtlichen Kassenmitgliedern des Kreises resp. der Stadt Posen auf 3 Jahre gewählt; die l. Regierung bestellt die Vertreter der Schulinspektion. Die 3 Kassenkuratoren werden wiederum von sämtlichen Lehrern, welche den Kreisvorständen angehören, gewählt, und zwar auf 6 Jahre. Der Etat für die Kasse ist alljährlich von der Regierung aufzustellen und dem Ministerium der Unterrichts-Amt gelegenheiten einzurichten; die Revision der Kasse erfolgt jährlich einmal durch die Kassenkuratoren. Dieses revidierte Statut ist mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getreten.

**Birnbann,** 31. August. [Desinfektion.] Als Schutzmittel gegen die Cholera hat auch bei uns die Desinfektion begonnen. Die Stadt ist in 3 Bezirke getheilt und steht jedem Bezirke eine Schutzkommission vor, welche aus je einem Arzte, einem Heilgehilfen (als Desinfektor) und 6 Mitgliedern aus den Stadtbehörden und der Bürgerschaft zusammengefügt ist, und welcher die Anordnung und Beauftragung der Desinfektion auf den Höfen und im Innern der Häuser obliegt.

**Kreis Bonst,** 27. August. [Entwischen.] Vor ca. acht Wochen engagierte der Rittergutsbesitzer Gerson auf Karna einen jungen Mann, Namens Krafft aus dem Hannoverschen als Vogt. Dieser wurde indeß der Distriktskommissarius B. in Hammer, zu dessen Stadt Karna gehört, von der hannoverschen Gerichtsbehörde aufgefordert den K. gegen den wegen Diebstahls einer Untersuchung eingeführten sollte, zu vernehmen resp. zu verhaften. B. begab sich zu diesem Behufe vorgestern nach Karna, ließ sich den K. vorführen und machte ihm mit dem Zwecke seines, denselben gewiß nicht angenehmenden Besuches, bekannt. K. stellte alle gegen ihn angeführten Verdächtigungen in Abrede und begab sich nach seinem Zimmer um sich von dort seine Legitimationspapiere, die sich, wie er vor gab, in bester Ordnung befanden, zu holen. Als K. jedoch auf fallend lange ausblieb, begab sich der Beamte nach dem Zimmer desselben, woselbst er den Tintenfass jedoch nicht mehr antraf. K. war nämlich, wie Leute von Stern beobachtet hatten, aus einem Fenster seines Zimmers im ersten Stockwerk hinuntergeprungen, schwamm durch den in der Nähe befindlichen Kanal und suchte auf diese Weise das Weite. Bis jetzt ist es der Polizei noch nicht gelungen den K. habhaft zu werden.

**Grabs,** 28. August. [Schlägerei. Überfall.] Städtisches Lazareth. Der Eigentümer Dienegott Heinrich aus Laßembütz wollte in dem Fleischerladen des Fleischers Morkowksi kaufen; bei dieser Gelegenheit entspans sich ein Streit und Heinrich wurde von Morkowski derart an Kopf und Gesicht verwundet, daß er bewußtlos zu Boden fiel, und ärztliche Hilfe requirierte. Am 26. d. M. Abends in der ersten Stunde wurde der hiesige Landesrichter Madry auf dem Wege zwischen hier und Kobylinit durch die briefträger Madry angefallen und stark gemüthhandelt. Der in Doktorowko hinter einer Mühle auf Diebe lauernde Gensdarm Leopold hörte seinen Hilferuf, eilte der Richtung derselben nach und fand den gemüthhandelnden Madry auf dem Boden liegend. Als ihm von diesen die Thäter genannt wurden, wollte er zu deren Verhaftung schreiten; hiervom wurde aber Leopold anfanglich verhindert, da die Thäter flüchteten, nachdem sie vorher sich noch mit Knütteln von zerbrochenen Hakenstangen versehen und zur Gegenwehr gestellt hatten und auch

eine Menge Kobyliniten Bewohner die sich inzwischen eingefunden hatten, Partei für die Thäter nahm. Der Energie des Leopold gelang es dennoch dieselben zu verhaften und nach dem Kommunalgefängnis einzuliefern. Der Gemüthhandelte befindet sich in ärztlicher Behandlung. Der l. Staatsanwaltshof ist hiervom Angezeigt gemacht worden. — Das hiesige städtische Lazareth ist seit dem Jahre 1866 unethischweise in dem Laponischen Grundstück untergebracht. Gegenwärtig haben die städtischen Behörden beschlossen, dasselbe für die Kommune anzukaufen, um auf diese Weise zu einem eigenen Lazarett zu kommen.

**o Weseritz,** 29. August. [Sanitäts-Konferenz.] Die hiesige Sanitäts-Kommission hat, nachdem sie in der Sitzung vom 23. d. M. erwogen, welche Vorbeugungsmaßregeln gegen die sich immer weiter verbreitende Cholera-Epidemie zu ergreifen sind, angeordnet, die Abritte und Saufgruben in der Stadt gründlich zu räumen und zu desinfizieren, sowie die nicht trockenen Steinsteine täglich mit frischem Wasser auszuspülten. — Vergangenen Sonntag unternahm der vor circa 2 Jahren von dem Kanton Stürmer hier gegründete, aus Herren und Damen bestehende Gesangsverein einen Ausflug nach dem ¾ Meilen von der Stadt entfernten Wäldchen. Obwohl das Wetter an diesem Tage sehr besonders günstiges war, so blieb die nicht zu große aufs Beste animierte Gesellschaft, zwischen Singen und geselligen Spielen wechselnd, in heiterster Stimmung bis zum späten Abend beisammen.

**s Neustadt b. B.**, 30. August. [Lehrerkonferenz.] Am gestrigen Tage fand in der hiesigen katholischen Schule eine Konferenz der katholischen Lehrer der zu einem Konferenzbezirk vereinigten Parochien Neustadt b. B., Brody und Witomysl unter Vorsitz des hiesigen Propstes Hrn. Grabowski statt, an welcher sich die Herren Schulinspektoren und 14 Lehrer beteiligten. Für die nächste Konferenz, welche im Oktober d. J. stattfinden soll, ertheilte der Hr. Vorsitzende folgendes schriftliche Thema: "Von der Notwendigkeit der konfessionellen Schule" und übertrug diese Arbeit dem Hrn. Lehrer Magnuszewicz.

**t Obersiglo,** 28. August. [Sanitäts-Maßnahmen. Posthalterei.] Obgleich unser Städtchen seiner gefunden Lage wie der in ihr gehegten Reinlichkeit wegen nur selten von Epidemien heimgesucht worden, so doch — Dank der guten Verwaltung — alle Post-Maßregeln getroffen, um den gegenwärtig in dieser Hinsicht drohenden Eventualitäten entgegentreten zu können. Ein unglücklicher Zufall ist es, daß gerade jetzt der einzige Arzt, den wir besitzen, gefährlich erkrankt ist. — Im Interesse unserer Geschäftsleute ist die Etablierung einer Posthalterei hier höchst wünschenswert, denn bei der bedeutenden Frequenz nach Samter und Bronke genügen die 3 auf jeder Tour zu vergebenden Fahr-Billetts nicht; so müßten in dieser Woche mehrere Male Passagiere zurückbleiben.

**z Tirschtiegel,** 30. August. [Höpfen. Plötzlicher Tod.] Im Folge der warmen Witterung, der letzten Wochen haben sich unsere Hopfensplantagen so erweitert, daß wir in hiesiger Gegend auf eine noch recht ergiebige Ernte rechnen können. Mit dem Pflücken des Saazer Hopfens hat man hier bereits begonnen, der politische kommt spätestens in den ersten Tagen der hiesigen Woche an die Reihe. Die Nachfrage nach vorjährigem Hopfen hat jetzt ganz aufgehört und diejenigen Produzenten, welche vor kurzem angesichts der schlechten Ernteaussichten mit ihren Produkten zurückhielten, bereuen bereits ihre Zurückhaltung. — Der hiesige Handelsmann Weigt ging in den letzten Tagen der vorjährigen Woche in die ¼ Meile von hier entfernte Schlossgemeinde und mietete sich dort ein Fuhrwerk, um eine Geschäftswiese in die Umgegend anzureisen. Kaum aber hatte er sich auf den Wagen gesetzt, so legte er sich mit dem Bemerkten, daß ihm unwohl sei, nieder und nach wenigen Minuten war er tot. Ein Gebirgschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. — Am Sonnabend früh 6 Uhr wurde der Provisor in der Apotheke zu Bentzken tot in seinem Bett gefunden. Noch früh um 3 Uhr hatte ihn der dortige Arzt, der sich eine Arznei für einen zu befußenden Kranken von ihm hätte bereiten lassen, gesprochen. Auch hier war ein Schlaganfall die Todesursache.

**r Wollstein,** 28. August. [Explosion.] Gestern früh gegen 4 Uhr wurden die in der Nähe unseres Postbüros wohnenden Familien in Folge einer Explosion aus dem Schloß aufgeschreckt. Es langte nämlich gegen 12 Uhr Abends eine Kiste mit Feuerwerkskörpern, ca. 9 Pfds. schwer, von Züllichau kommend und für Siebel bestimmt mit der Post hier an und verblieb auf dem Postbüro. Gegen 4 Uhr Morgens explodierte der Inhalt der Kiste mit einem furchtbaren Knallen und verursachte einen solchen Pulverqualm, daß man allgemein glaubte, es brenne im Postbüro. Glücklicherweise hat die Explosion keinen nennenswerthen Schaden verursacht und selbst der noch an der Kiste schlafende Postunterbeamte G. kam mit dem bloßen Schrecken davon.

### Zum Juristentage.

Die zu gemeinsamer Berathung vereinigten Abtheilungen I. und II. des Juristentages (Abth. für Privatrecht und Abth. für Handels- und Wechseldrecht) wählten am 28. durch Afflamation zum Vorsitzenden: Ober-Appellationsgerichtsdirektor Kühne von Celle, zu dessen Stellvertreter Kanzler Haas von Mannheim, zu Sekretären H. A. Mücke (?) von Berlin und H. A. Kübel von Stuttgart. Der erste und wichtigste der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände, die Theorie des Prof. Jhering über den Anerkennungsvertrag wurde mit Rücksicht auf die heute knapp zugeschlagene Zeit für morgen zurückgestellt; der zweite Gegenstand, welcher die Frage von der Pflicht zur Einführung des Papiergebels betrifft, wurde wegen Abwesenheit des Referenten übergangen. Als Drittes stand auf der Tagesordnung die Gesetzgebungfrage: Soll der Staat, beziehungsweise die Gemeinde, für Schäden und Nachtheile, welche die von ihnen angestellten Beamten durch vorzäliche oder fulpöse Verleistung ihrer Dienstpflichten einem Dritten zufügen, überhaupt haften und beahenden Fällen in erster Reihe, unbedingt oder nur subsidiär? Diese Frage ist schon auf den drei vorangegangenen Juristentagen zur Sprache gekommen, aber nicht endgültig entschieden, sondern der diesjährigen Versammlung überwiesen worden. Von den zwei vorliegenden Gutachten spricht sich das von Advochat Dr. von Kiesling in Linz erstattete für die Haftpflicht, das von Professor Blumholtz in Heidelberg dagegen aus. Nach längerer Debatte, an welcher sich Justizrat Brümmer aus Berlin, Geheimrat Römer aus Dresden und Dr. v. Kiesling beteiligten, wurde die Abstimmung auf morgen vertagt.

III. Abtheilung (für Strafrecht und Strafprozeß.) Zum Vorsitzenden wird durch Afflamation gewählt General-Staatsanwalt Dr. Schwarze aus Dresden. Derselbe bestimmt im Einverständniß mit der Abth. den Ober-Trib.-Rath v. Köppen aus Stuttgart zum Vice-Präsi., den Stadtrichter Dr. Huber von Berlin und den Justiz-Assessor Napp von Stuttgart zu Schriftführern. 1) Gegenstand der Berathung: Antrag des Gerichts Leonhardi zu Glauchau: der deutsche Juristentag wolle aussprechen, im Verfahren ohne Geschworene (Schöffen) steht dem Angeklagten das Rechtsmittel der Berufung gegen die Feststellung der Haftfrage in erster Instanz auch dann zum Zweck seiner Klagefreisprechung zu, wenn er auf Grund jener Feststellung straffrei gesprochen, d. h. für schuldig, aber nicht für strafbar erklärt worden ist und zwar, wenn das Gericht erklärt hat, er habe sich einer Handlung schuldig gemacht, deren Bestrafung nur aus förmlichen Gründen (aus Mangel an dem Strafantrage oder in Folge eingetretener Verjährung) unterbleiben müsse. Ref. ist Advochat Gottschalk aus München. Nachdem dieser, Appell.-Ger.-Rath v. Stenglein aus München, Staatsanwalt Dr. Oppert (Berlin) und Präsident Friedberg (Berlin) gesprochen, wird nach einem Schlussworte des Referenten mit überwiegender Majorität zur einsachen (nicht motivierten) Tagesordnung übergegangen. — 2. Gegenstand der Berathung: Soll die Zuständigkeit des Strafgerichts im einzelnen Falle nicht von der in thesei angedrohten Straföhre, sondern von der Höhe der präsumtiv in hypothesi verwirklichten Strafe abhängig gemacht werden? Ref. Appell.-Ger.-Rath v. Stenglein von München spricht sich entschieden gegen die Bejahung der Frage aus, da in einer Abgrenzung der Kompetenz nach der Strafe in hypothesi ein Präzidium für die künftige Urteilsfassung, eine Beeinflussung des aburtheilenden Richters und ein Angriff auf das Prinzip der Unmittelbarkeit der Beweisführung enthalten sei, bei-

spielsweise auch dadurch das Institut der unmittelbaren Ladung vor den erkennenden Richter fallen müsse. Nachdem auch zu dieser Frage mehrere Redner das Wort ergriffen, wird die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt.

IV. Abtheilung. [Zivilprozeß.] Zum Präsidenten wird gewählt Obertribunaldirektor Dr. v. Kübel, zum Vice-Präsidenten Bundes-Oberhandelsgerichtsrath Kleinhauer von Leipzig, zu Schriftführern Justizassessor Gutbrod von Stuttgart und Advochat Schönböck von Glattbach. Unter dem überreichen Material, mit welchem die vierte Abtheilung bedacht ist, kommen zunächst die Grundprinzipien der für das deutsche Reich in Aussicht genommenen Zivilprozeßordnung zur Berathung; als Referent fungiert in Abwesenheit des ursprünglich hierzu bestimmten nunmehrigen bairischen Ministers Häusele Prof. Dr. Gneist. Die erste Frage, welche die ständige Deputation zur Erleichterung der Debatte und der Beendigung formuliert hat, lautet: "Inniweit sollen im mündlichen Verfahren die der Verhandlung vorangehenden Schriftsätze und schriftlichen Anträge für die Feststellung des Thatbestandes maßgebend sein?" Der Referent Professor Dr. Gneist erledigt sich seiner Berichterstattung in glänzender Weise und beantragt schließlich folgende Resolutionen: 1) Die im mündlichen Verfahren der Verhandlung vorangehenden Schriftsätze haben die Hauptbestimmung einer vorgängigen gegenwärtigen Information. 2) In der mündlichen Verhandlung sind die gestellten Anträge aus den Schriftsätzen zu verlesen. 3) Es bedarf keiner schriftlichen Fixierung des Thatbestandes in einem motivirten Beweisbeschuß. 4) Der Thatbestand ist vom Richter im Endurteil unter Berücksichtigung des Ergebnisses der mündlichen Verhandlungen schriftlich zu führen. 5) Die im revidirten Entwurf enthaltene Verbindung der Mündlichkeit und Schriftlichkeit ist als Grundlage annehmbar. Nach einer längeren Debatte werden dieselben mit großer Majorität angenommen.

### ○ Volkswirtschaftlicher Kongress in Lübeck.

2. Sitzung am 29. August 1871. (Schluß.)

Die Berathungen über die Münnreform wurde heute zu Ende geführt. Den Antrag des Referenten Prince-Smith nimmt der Kongress in nachstehender Form an:

"Der Kongress ist der Ansicht, daß im geeinigten deutschen Reiche eine einzige Geldrechnungseinheit herrschen müsse; daß man zur allgemeinen deutschen Geldrechnungs-Einheit nur eine solche wählen darf, welche in ganz leicht berechenbarem Verhältniß zur Thalerrechnung steht. Die definitiv einführenden neuen Münzen sind nach dem Dezimalsystem einzuhalten unter Aussicht der Verhältniß der kleinsten Denomination. Der Feingoldgehalt der hauptstädtischen deutschen Goldmünze ist im Reichsmünzgefeß so zu normiren, daß der Wert ihres Zehnttheiles, welcher die Rechnungsmünze zu bilden haben würde, genau mit 20 Silbergr. der gegenwärtigen Währung übereinstimmt."

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* **Hilf dir selbst!** Charakteristiken und Lebensschilderungen von Samuel Smiles. Von dem Verfasser autorisierte Übersetzung. Kolberg. Verlag der C. F. Post'schen Buchhandlung (C. Zandt.) 1871. Dieses Werk, das in 6 Lieferungen erscheinen soll und von dem seben die beiden ersten in gelungener Übersetzung erschienen sind, verdient auch unter uns ein Volksbuch zu werden. Endringlich schildert dasselbe in geschmackvoller und interessanter Darstellung bewährte Charaktere und das Wirken von Männern, die oft unter den schwierigsten Verhältnissen und unter harter Kampf durch eigene Kraft und Beherlichkeit sich auf allen Gebieten des Wissens, der Kunst und der Industrie in solchem Grade auszeichnen, daß sie Mehrer und Förderer der Volkswohlfahrt für alle Zeiten würden. Diese Schilderungen sind Bilder aus dem Leben von Helden der Arbeit; sie charakterisieren in trefflicher Weise, wie durch Selbstbeherrschung und edles Streben wahres Glück gefunden wird; sie mahnen zur Selbstthätigkeit und zur Ausdauer, die allein im Stande sind, Großes zu leisten und die eigentliche Lebensaufgabe zu erfüllen, sich der Welt und seinen Mitmenschen nützlich zu machen. Dieses Buch ist mit dem besten Erfolge in fast alle lebenden Sprachen überetzt.

\* **Golbeinsches Tafelbild entdeckt.** Schweizer Blätter bringen die Mittheilung, daß Herr Professor Bögelin jun. in der Stadtbibliothek von Zürich ein längst verloren geglaubtes Tafelbild von Holbein entdeckt habe. Er fand diese Tafel auf dem Dachboden der Bibliothek selbst als Tischblatt unter einem Berge von alten Schriften, von Staub ganz zugedeckt und völlig schwarz. Diese vorgenommene Abwaschung und Reinigung führte auf die Vermuthung, daß dies eine von Sandrart und Pantin sehr einläufig beschriebene Tafel sei. Sie besteht aus mehreren dünnen zusammengeleimten Lindenholz-Brettern, über die eine mit Kreidegrund belegte Leinwand gepaßt ist. Der Zustand des Bildes ist freilich bedauernswert und wurde ohne Zweifel die Veranlassung, daß es dem öffentlichen Anblick entzogen und unter das Gerümpel geworfen wurde. Das ganze Grund, auf den die Figuren gemalt wurden, ist schwarz und dringt durch die Figuren hindurch, so daß alle dunklen Farben fast völlig absorbiert sind und nur die hellen leuchtenden, weiß, rot und gelb, sich noch frisch erhalten haben. Man hat keine Gesamtübersicht mehr über die Komposition. Infolge äußerer Schädigungen sind mir einzelne Gruppen wahrnehmbar, von denen aber jeder Zug Holbeins Hand verrathet.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* **Postverkehr im England.** Der Bericht der britischen Postanstalt vom Jahre 1870 zeigt wieder eine bedeutende Zunahme des Postverkehrs. Die Anzahl der im Jahre 1839, dem ersten vor der Pennypost, bestellten Briefe betrug 75,907,572, und ist in 1870 auf 862,722,000 gestiegen; außerdem beförderte die Post im gesuchten Jahre 130,169,000 Bücher, Zeitungen und Musterpäckchen, und 10,231,525 Geldanweisungen im Belaue von 19,993,987 Pfds. Sterl. Die Anzahl unbestellbarer Briefe betrug 3,792,894, und es ist kaum belegreich, welche Inkognitiz das Publikum noch im Betrieb des Adressenreisens zeigt, so fanden sich nicht weniger als 11,505 Briefe ohne jede Adresse vor, von denen viele sogar Geld enthielten; im Ganzen wurden denselben 2376 Pfds. Sterl. entnommen. Die unbestellbaren

das sich verband, ein sehr heiteres und fröhliches Hochzeitsmahl, das dießhalb in den Räumen des ehrwürdigen Klosters der Ursulinerinnen, Lindenstraße 48, am Montag Abend stattfand. Die junge Braut war in dem Waisenhaus des Klosters erzogen worden, hatte später sehr nützliche Dienste in Haus und Hof, Wirtschaft und Küche geleistet und endlich ihr Herz, trotz der Abgeschlossenheit innerhalb der Klostermauern, von einem Ritter aus Landsberg erobern lassen. Da die Braut vater- und mutterlos, so trat die Oberin des Klosters an die Stelle der Letzteren und sorgte mit rührender Aufmerksamkeit für Alles, selbst für einen höchst gemütlichen und heiteren Polterabend, der am Sonntag Abend stattfand. In der Kirche des Klosters war am Montag die Trauung und nicht nur die Geistlichkeit von St. Hedwig und St. Michael, auch die „Schwestern“ waren aus ihrer Klausur herausgetreten, um einen Moment lang Theil zu nehmen am Glücke des pulsirenden Lebens.

\* **Berlin.** Am vorigen Sonntag fand hier selbst eine alljährlich wiederkehrende eigenthümliche Feierlichkeit statt, nämlich das Kirchenfest für Taubstumme, welches zugleich das Stiftungsfest der bestehenden hiesigen königlichen Anstalt ist. Es war dazu die Dorotheenstädtische Kirche statt der sonst gewöhnlichen Aula des Friedrich-Gymnasiums gewählt worden, weil zur Messe ein Aufruf an die Taubstummen der Berliner Umgegend ergangen war, welchen die Eisenbahnen verwalten in liberaler Weise freie Fahrt gewährt hatten. Da stand die lautlose Menge nach der Beendigung des Vormittagsgottesdienstes auf das Zeichen zum Eintritt harrend, vor der Kirche, jedoch in lebhafte Unterhaltung begriffen in der ihr angebildeten Finger- und Zeichensprache. Die schöne Kirche wurde reichlich gesäumt mit aufmerksamen Zuschauern und hatte in ihrer inneren Einrichtung eine Abänderung dahin erhalten, daß auf dem Fußboden, seitwärts vor dem Altar, eine Kanzel angebracht war, die der Prediger Schönberner, welcher seit Kurzem an der hiesigen Taubstummenanstalt angestellt ist, bestieg und der Versammlung in der ihr verständlichen Weise einen von ihr sehr lebhaft aufgenommenen Vortrag hielt. Nach der Predigt fand Bibelvertheilung, Beichte und Abendmahl, und um 4½ Uhr Nachmittags für die Gemeinde eine Versammlung im Saale des zweiten evangelischen Vereinshauses, Auguststraße Nr. 81, statt. Die Feier hatte für den Glücklichen, dem Gehör und Stimme nicht fehlten, etwas sehr Interessantes, aber auch zugleich Nervenaufregendes; wie gern hätte er, statt die ihm am heiligen Orte so ungewohnten lebhaften Gestikulationen, Augen- und Gebärden sprache zu sehen, einen einzigen artifulten Ton der menschlichen Stimme, einen einzigen Orgelakkord gehört! Nichts unterbrach die Stille, als zwischen Altargebet und Predigt das profane Schellen geläut des Klingelbeutes. Wahrhaft bewundernswert war die Leistung des Predigers. Unsere praktische Polizei hatte bei diesem Gottesdienste die Schilder auf der Straße, welche Schritt gebieten, entfernt; hätte doch die drinnen selbst die Detonation eines Kanonen schusses nur durch den Luftrdruck gestört!

\* **Potsdam.** Am 28. d. M. Abends in der neunten Stunde hatten wir den interessanten Anblick eines Mondregenbogens. Er stieg aus dem Westen bis in den Zenit. Die Farben waren schwächer als beim Sonnenregenbogen. Nach etwa 10 Minuten verschwand das Phänomen allmählig.

\* **Thorn,** 30. August. [Städtische Beamtenposten. Etats für den Stadthaushalt. Prüfungen der Abiturienten. Verstärkung der Garde. Französische Strafanzeigen. Eisenbahnbrücke. Die Bahnhofstrecke Thorn-Inowraclaw. Vordversuch in Belfort. Krankheiten.] Die Verwaltungsverhältnisse unserer Stadt befinden sich noch immer in einem Gottlob! seit mehr als fünfzig Jahren unerhörten Zustande. Der Abgang des Oberbürgermeisters steht zum 1. Oktober bevor, die Stelle des Baurathes ist seit Anfang d. J. erledigt und nach den bisher gehannten Schritten zur Besetzung beider Amtsstellen ist nicht zu erwarten, daß dieselbe schon zum Januar d. J. bewirkt sein wird, denn noch sind nicht einmal die Gehaltsätze für beide Stellen definitiv festgestellt; zwar ist beschlossen, den Posten des Bürgermeisters mit 1500 Thlr. zu dotiren und dem Stadtbaurath 1000 Thlr. zu zahlen. Doch haben mehrere und gerade die der Verhältnisse am meisten fundigen Stadtoberen diese Gehaltsnormen für zu niedrig erklärt und höhere empfohlen; wenn diesem Antrage nicht sofort Folge gegeben ist, so geschieht das nur, weil die Majorität doch wenigstens den Versuch machen wollte, ob sich nicht auch für die geringere bisherige Bevölkerung tüchtige Bewerber finden würden, aber wie es scheint, wird der Versuch scheitern. Den Posten des Kämmerer-Rendanten, welcher durch Tod erledigt war, hat der bisherige Kontrolleur der städtischen Kasse, Krüger erhalten. Sein Geschäft ist umfangreicher und mühsamer als in vielen anderen Städten, da der Magistrat nicht blos das unmittelbare Kommunal-Bermügen, sondern auch das vieler elbständiger und mit eigentümlichem Besitz ausgestatteter Institute zu verwalten und der Rendant also über zwanzig verschiedene Kassen zu führen hat, und die in Einnahme und Ausgabe zu berechnenden Posten zusammen mehr als eine halbe Million Thaler betragen. Bei dieser Weitläufigkeit unserer städtischen Administration ist es um so mehr zu bedauern, daß die Feststellung des Haushalts für die dreijährige Etatssperiode 1871–1873 bis heute noch nicht hat erfolgen können, und auch schwerlich vor Mitte Oktober zum Abschluß kommen wird. Zwar stand

die Beratung der Etats bereits für 2 ordentliche und 2 außerordentliche Sitzungen der Stadtverordneten auf der Tagesordnung, aber drei von diesen Versammlungen waren wegen zu geringen Besuchs beschlußunfähig und in der vierten wurde die Sache der vorgerückten Stunde wegen zum nächstmöglichen vertagt. – Im Gymnasium und der mit ihm organisch verbundenen Realschule I. O. hat am 22. d. M. das Abiturienten-Examen stattgefunden, es hatten sich zu demselben 9 Prinzipalier-Examen gemeldet, unter welchen jenen 9 sämtlich, von diesen 4 aber nur einem das Zeugnis der Reife erhielt wurde, 2 Gymnasiasten und der Realist wurden von der mündlichen Prüfung entbunden. Vor einigen Wochen wurde eine Füsilier-Compagnie des Inf.-Regts. Nr. 5 hierhergeschickt, um das Esquadron des Regts. Nr. 61 bei dem Garnisondienst zu unterstützen.

Da aber zunächst nach dem Abmarsch der hier stehenden Festungsbatterie-Compagnie zu den Schießübungen die Infanterie nicht zur vollständigen Bezeugung aller Waffen und Posten ausreichte, oder wenigstens alles Exerzieren einstellen mußte, um den Wachdienst leisten zu können, stand am 26. noch die drei andern Compagnien des Füsilierbataillons unter Kommando des Majors v. Fischer hier eingetroffen. – Von den Kriegsgefangenen befinden sich noch drei Mann hier, ein Franzose und zwei Turcos, welche hier noch Strafen für Vergehen abzuhören haben, die sie sich als Gefangene haben zu Schulden kommen lassen; die beiden Turcos sind jeder zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt, werden aber ihre Strafzeit wohl in irgend einer militärischen Straflings-Kaserne absitzen müssen, da wie man hört, die Zivil-Zuchthäuser sich weigern sie aufzunehmen. Der Franzose, Sergeant in einem Linienregiment, ist wegen grober Insubordination zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurtheilt. – An unserer Eisenbahnbrücke wird eifrig gebaut, und soll noch vor Eintritt des Winters ein Theil des Eisengitters aufgebracht und zwei Peile durch dasselbe verbunden werden. Die Spannung zwischen diesen Peilen beträgt 320 Fuß. Die Breite des Belags wird hinreichenden Raum gewähren, daß neben den Bahnzügen noch zwei Wagen fahren und die Fußgänger auch sichere Pfade haben. Daß der Bau der Bogen-Thorn-Bahn nicht schneller gefördert und namentlich die Strecke Inowraclaw-Thorn, wie es scheint, nicht sobald dem Verkehr eröffnet wird, wird hier sehr bedauert; ein beschleunigter Bau würde nicht bloß den beiden Städten Thorn und Inowraclaw zu Gute kommen, sondern sicherlich auch den Altionen entsprechenden Gewinn bringen; wenigstens sind Kaufleute wie Gutsbesitzer der Ansicht, daß der Personen- und Güterverkehr zwischen beiden Orten ein sehr lebhafter sein würde. – Aus Belfort meldet ein Privatbrief eines Offiziers vom Inf.-Regt. Nr. 61, welches zur Zeit dort steht, daß vor kurzem als 6 Offiziere in der Bahnhofs-Reiseraum besoffen waren, plötzlich von Augen hineingeschossen, jedoch glücklicherweise Niemand getroffen, aber leider auch der Unschuldige nicht ergriffen wurde. Trotz solcher Beweise von dem erbitterten Haß der dortigen Bevölkerung, wollen doch einige verheirathete Offiziere es wagen, ihre Familien dahin kommen zu lassen. Noch haben weder die Posten noch der Typhus uns verlassen und schon droht eine dritte Epidemie, die Cholera, zwar sind bis jetzt noch keine Fälle der wirklichen asiatischen Cholera vorgekommen, aber die Vorboten derselben, heftige Cholerinen sind schon mehrfach eingetreten. Die vorbeugende Tätigkeit unserer Polizei- und Sanitätsbehörden zeigt sich leider in noch sehr beschränktem und schwerlich ausreichendem Maße.

\* **In einer Todesanzeige des „Socialdemokrat“** heißt es: „Sein Leben weiste er der Partei bis zum letzten Atemzug. Seine letzten zwei Wege waren, ein Marsch von drei Stunden nach Meldorf, um eine Versammlung der Gegner zu sprengen, und sich dann halbtodt noch zur Wahlurne zu schleppen. Er agitierte noch stets, bis er kurz vor seinem Tode die Befinnung verlor. Der Verstorbenen hinterläßt eine Witwe und drei kleine Kinder.“ (Wie mögen wohl diese über die „Agitation“ des verlorenen Gatten und Vaters denken?)

\* **Eine drollige Theateranzeige.** In der Köthener Zeitung lesen wir folgende Theateranzeige: „Dem geehrten Publikum von Köthen und der Umgegend erlaube ich mir hiermit die ergebene Anzeige zu machen, daß am Montag den 28. d. M. mein Benefit stattfinden wird. Ich wähle hierzu Friedrich Schiller's vorzügliches Werk: Don Carlos, Infant von Spanien. Über den hohen Werth und die Trefflichkeit dieses Stückes kann ich mich wohl aller Anpreisungen enthalten, da hierfür schon allein Friedrich Schillers Name bürgt und dieses Werk auch schon aus der Lektüre dem künstlerischen Publikum bekannt sein wird. Indem ich mir hierdurch erlaube ergebnist einzuladen, zeichne ich Hochachtungsvoll Paul Lejeune.“

\* **München,** 26. August. Über die Bestätigung Döllingers zum Universitätsrektor schreibt das „Vaterland“ voll christkatholischer Liebe: „Der große Döllinger ist die Bestätigung als Rektor ohne Anstalt erhalten, so daß also, wenn Gott den unseligen Mann nicht bald zu seinen lieben Engeln abruft, die katholische Universität München die Schwach erleben wird, bei ihrem 400jährigen Stiftungsfest einen abgefallenen Priester und exkommunizierten Neuprotestanten an ihrer Spitze zu haben.“

\* **Slovenische Sündenvergebung.** Als Kuriosum meldet man, daß in Steiermark ein Pfarrer lebt, der nur slovenisch Preche will. Kommt ein Deutscher in den Beichtstuhl und will seine Sünden deutsch aufzählen, so bedeutet ihm der liebenswürdige Geistliche, daß er früher Slovenisch lernen möge, denn — „nur slovenisch

wird bei mir gebeichtet!“ Der Mann ist im Stande und kehrt seinerzeit dem Himmelsthore den Rücken, wenn ihn St. Petrus nicht slovenisch anspricht.

\* **Doktor Larney in Paris** hat mit Hilfe zweier magnetisierten Personen traurige Entdeckungen gemacht, die er den Blättern in einem mit rother Tinte geschriebenen Briefe mittheilt. Wir theilen einen kurzen Auszug daraus mit: „Das große Unglück, welches Frankreich betroffen hat, ist noch nicht das letzte. Thiers wird in 6 Monaten ganz plötzlich an einer Herkrankheit sterben. Große Verwirrung in Paris; die schreckliche Internationale, von Preußen und England bezahlt, wird sich wie ein Mann erheben. Die Menschen wird schrecklich sein. Paris wird verbrannt werden. Unglückliche Arbeiter, durch gottlose Agenten zu diesem Verbrechen aufgerufen, werden uns ins Elend gerathen und nach Amerika gehen, um dort Arbeit zu suchen; aber sie werden dort 100,000 Deutsche finden, welche sie steinigen und aus den Städten treiben werden. Sie und die Ihrigen werden vor Hunger sterben, nachdem sie durch die Wälder in der neuen Welt gewandert sind. Dann werden sich die Provinzen erheben; die Monarchie wird im Namen der heiligen Grundsätze der Gesellschaft proklamirt werden.“ Doktor Larney schließt mit dem Rathe, den Grafen Chambord als König von Frankreich zu krönen, ehe dieses Unglück eintritt. \* **Ecclesia militans.** Am 14. August Nachts wurden — wie das Wiener „Aerdb.“ erzählt — in Rom sieben Geistliche vom Lande in das Gefängnis gebracht. Sie waren in einer Wirtschaft mit einander in Streit gerathen und suchten sich gegenseitig mit schlagenden Gründen darum zu bearbeiten, daß die Polizei einschreite. Nun fehrten sie sich aber sämtlich sofort gegen diese und suchten als wackere Kämpfer der streitenden Kirche diese aus dem Felde zu schlagen, was ihnen aber nicht gelang, im Gegenteil ihre Aufführung hinter Schloss und Riegel zur Folge hatte.

\* **Das greise Räuberhaupt Gasparone** hat den Minister des Innern gebeten, ihn in sein bisheriges Gewahrsam zu Civita Castellana unter den früheren Bedingungen zurückzuführen zu lassen. Dieses Geschlecht, die Zeit sei nicht für ihn, er werde die Erfüllung seiner Bitte als einen besonderen Gnadenbeweis betrachten. Gasparone hat nun aufgehört. Das ist die Macht der Gewohnheit.

\* **Livingstone.** In einem Brief an Sir R. Murdoch schreibt Dr. Kirk aus Zanzibar vom 19. Juli: „Leider habe ich keine weiteren Nachrichten über Livingstone. Was ich zuletzt über seinen Aufenthalt in dem wenig bekannten Orte westlich vom Tanganyika mitteilte, bestätigt sich; die Araber scheinen ihn ganz für einen Einwohner des Ortes zu halten. Das Uebelwollen, welches sie ihm zuerst entgegengeschlagen, ist verschwunden, und vor wenigen Tagen konnte ich durch die erste Karawane nach Udsidjidschi einen Brief an ihn absenden.“

\* **Wilna.** Der Tod der Gemahlin des General-Gouverneurs Potapow ist, wie der „Wiln. B.“ meldet, durch die Cholera herbeigetauft worden in Folge der Veränderung der Speise aus Anlaß der eingetreteten Fasten.

\* **Newyork,** 25. August. Der Dampfer Lodona, von hier nach New-Orleans unterwegs, ist an der Küste von Florida gescheitert; dreißig Personen kamen um.

\* **Spignamen.** Wohl nirgends blüht das Spitznamengeben so sehr, wie in den Vereinigten Staaten. Dort hat zum Beispiel jeder Staat mit seinen Bewohnern einen besonderen „Spiz“. Die Leute von Alabama heißen Eidechsen, die von Arkansas Zahnjäger, von Kalifornien Goldjäger, von Colorado Bummel, von Connecticut höhlerne Knäfer, Georgien Mäusefalken, Illinois Lecker, Kentucky Kornknäfer, Louisiana Creolen, Maine Flieche, Maryland Krähenputzer, Michigan Bielfräße, Missouri Brechmittel, Nebraska Wanzenreißer, Nevada kluge Hennen, New-Hampshire Granitungen, New-Jersey die Blauen oder Leimruthenjäger, New-York Kniderbockers, North-Carolina Theerfischer und Trüffel, Ohio Nebaugen, Oregon Spinnefüße und Hartfächeln, Pennsylvania Pennaniten und Federküpfen, Rhode-Island Flintsteine, Süd-Karolina Wiefel, Tennessee junge Hunde, Terasse confin dachscheinige Hallunken.

\* **Brigham Young,** das Mormonenhaupt am Salzsee, den amerikanische Zeitungen vor einiger Zeit haben sterben lassen, lebt noch. Es feierte am 2. Juni d. J. seinen 70. Geburtstag auf die prächtige Weise. Eine an ihn gerichtete Adresse schließt mit den Worten: „Wege! Du leben bis die Herrscher aller Nationen auf Erden die Weisheit Gottes in Deiner Administration anerkennen, Deinen Rath suchen und Dich als Den erkennen, der Du wirklich bist, als den Freund Gottes und des Menschen.“ Sein Regiment muß also doch so über nicht sein. Zucht wenigstens scheint er zu halten, denn auch die Indianer loben die Mormonen, mit denen sie in Frieden leben. Das Merkwürdigste ist, daß er trotz seiner 30 Weiber ein so hohes Alter erreicht hat und dabei verhältnismäßig noch gut aussieht.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Das Stettiner Post-Dampfschiff „Hannover“, Kapitän F. Dreyer, von der Linie des Baltischen Lloyd, traf bereits am 27. d. M. bei anhaltenden westlichen Stürmen wohlbehalten in New-York ein.

## Ediktal Titation.

Etwas Inhaber der angeblich am 21. Mai 1867 in Klein-Polnisch-Crone verbrannten Pfandbriefe des neuen landshaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen Ser. II. Nr. 1375 und 779 über je 200 Thlr. werden hierdurch aufgesfordert, sich spätestens bis zum 2. Januar 1872 bei uns zu melden, oder die gänzliche Amortisation der gedachten Pfandbriefe zu gewähren.

Posen, den 14. März 1871.

Königliche Direction des neuen landshaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

## Bekanntmachung.

Zu dem Warthe-Regulierungsbau sollen ca. 2800 Eintilten a 12 Fuß lang 1/8–3/8 Zoll stark geliefert werden, und wird dafür ein Submissionstermin auf

den 5. September cr.,

Vormittags 9 Uhr,

im Geschäftszimmer der hiesigen Wasser-Bau-Inspektion, St. Martin Nr. 66 angezeigt.

Die Submissionsofferten sind mit der Bezeichnung „Submission auf Eintilten“ zu bezeichnen, und bis zum genannten Termine versteckt einzureichen. Die näheren Bedingungen sind daselbst zur Einsicht ausgelegt.

Posen 1. September 1871.

Der Wasser-Bau-Inspektor.

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Bedlewo unter Nr. 5 belegene, dem Franz Szczerbański und dessen Ehefrau Catharina gehörige Grundstück, welches mit einem Bläcken-Inhalte von 51,16 Morgen der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer Reinertrag von 45 Thlr. 21 Sgr. 7½ Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 20 Thlr. veranlagt ist, soll befreit Zwangsvollstreckung im Bege

der nothwendigen Substation am

Dienstag, 3. Oktober d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

im Sotale der Gerichtstags-Kommission in Szczecin versteigert werden.

Posen, den 22. Juni 1871.

Königliches Kreisgericht.

Der Substations-Richter.

Ryłl.

Inserat.

Die hiesige valente Kantor- und Schäftekstelle ist vom 1. Oktober c. zu belegen.

Qualifizierte Bewerber wollen unter Überreichung ihrerzeugnisse sich zum Probevortrag einfinden.

Reisekosten werden nicht vergütet.

Rogasen, 30. August 1871.

Der Korporations-Vorstand.

Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheit, heißt brieflich, gründl. u. schnell Speciaiarzt

Dr. Meyer, Kgl. Oberarzt,

Berlin, Loipzigerstr. 91.

Privat-Entbindungs-Anstalt.

ein bewährtes Asyl für secrete Entbindungen. Adress Dr. A. M. 49.

poste restante Berlin.

## Monats-Uebersicht der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen.

### Activa.

Geprägtes Bity . . . . . 332,420 Thlr.

Noten der Preußischen Bank u. Kassen-Ausweisungen . . . . . 32,090.

Wechsel . . . . . 1,819,280.

Lombard-Bestände . . . . . 388,100.

Effetten . . . . . 9,470.

Grundstück und diverse . . . . . 67,950.

### Passiva.

Noten im Umlauf . . . . . 980,720 Thlr.

Forderungen von Korrespondenten . . . . . 3,130.

# Baugewerkschule zu Holzminden a. d. Weser.

a) Schule für Bauhandwerker und sonstige Baubesitzer.  
b) Schule für Mühlen- u. Maschinenbauer (Schlosser, Kupfer-  
schmiede p.p.)  
Kaserne mit Verpflegung für 550 Schüler. Der Winterunter-  
richt beginnt am 30. Oktober d. J. Anmeldungen sind zu richten an den  
Direktor.

G. Haarmann.

In den noch nicht vertretenen Kreisen der Provinzen **Posen**,  
West- und Ostpreußen wünschen wir tüchtige

## Haupt-Agenten

für die  
**Allgemeine Renten-Anstalt zu Stuttgart,**  
Lebens-, Kapital- und Renten-Versicherungs-Gesellschaft  
auf volle Gegenseitigkeit,

**Gründungsjahr 1832,**

Gesellschaftsvermögen . . . . . 6,052,600 Thaler,  
Reserve- und Sicherheitsfonds . . . . . 361,100 Thaler,  
Deckungs-Kapitalien . . . . . 1,805,100 Thaler,  
zu engagieren und erbitten auf gute Empfehlungen gesuchte Anreihungen.

Die Haupt-Agentur

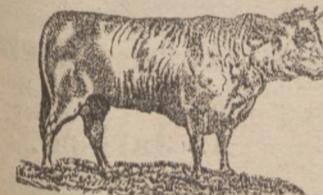
**Robert Knoch & Co. in Danzig.**

**Handelsakademie**  
Bonn. Anfang: Winter-Semester 18. October.

**Oberschlesische**  
Stadt-, Würfel-, Ruck- u. Klein-  
lohlen gebe ich in Wagon-Ladungen  
nach jeder Bahn-Station aus

**Königshütte**  
u. anderen Gruben prompt zu den billigsten  
Preisen. Nähere Auskunft brieflich.

**Julius Peiser**  
in Samter.



Auf dem Dominio **Wroncy** bei Pudewitz stehen 4 Holländer- und 2 Ayrshire-Bullen, alle sprunghfähig, zum Verkauf.

**J. N. Leitgeber.**

## Patent-Ringöfen

zum Brennen von Ziegeln, Kalk, Thonwaaren, Cement und Gyps nach  
**Hoffmann und**

und neuesten  
ersparen bei Verwendung von  
und übertreffen hinsichtlich des  
der Güte des Fabricats alle Leis-  
tungen. Gegenwärtig sind  
ca. 700 im Betriebe.



Diese Oesen erhielten bei allen Betheiligungen auf Ausstellungen die ersten Preise: In London 1862 die Medaille honoris causa, Paris 1867 den GRAND PRIX, Stettin 1865, Wittenberg 1869, Namur 1869 goldene, Cöslin 1860, Riga 1871 silberne Medaillen, Cassel 1870 Ehrendiplom wegen „anerkannt unübertroffener Leistung“; ferner von der Société d'encouragement pour l'industrie nationale zu Paris 1870 die höchste, einem Ausländer bestimmate Auszeichnung, die goldene Medaille, etc. Nähere Auskunft und Beschreibung unentgeltlich durch

**Friedrich Hoffmann,**  
Baumeister und Civilingenieur, Vorsitzender des Deutschen Vereins für  
Fabrikation von Ziegeln etc.,  
Berlin, Kesselstrasse 7.

Das Ingenieur-Bureau von  
**Friedrich Hoffmann**, Berlin, Kesselstrasse 7,  
liest Pläne zur Einrichtung  
ganzer Ziegeleien mit Hand- oder Maschinenbetrieb, zu  
Kalkwerken und Portlandcement-Fabriken, Eisenbahnen  
einfachster Construction  
zum Transport von Erden, Mineralien etc., welche mit den einfachsten  
und wohlfeisten Mitteln ausgeführt werden können

**Siemens'sche Gas-Schmelzöfen**  
zu Glas- und metallurgischen Zwecken nach Anleitung und unter Mit-  
wirkung des Erfinders.

**Schwebende Drathbahn,**  
nach Anleitung und unter Mitwirkung des Erfinders, Freiherrn von  
Dücker.

**Deutsche Töpfer- und Zieger-Zeitung,**  
redigirt von Herrn Albr. Türschmidt, erscheint alle 14 Tage. Abonne-  
ment pro Quartal 20 Sgr. Bestellung nimmt jede Post-Anstalt sub 1.  
Abth. No. 670 des Norddeutschen Bundes-Zeitung-Preisseurants pro  
1871 an.

Näheres über A. Deiningers Patent aus  
Vegetabilien aller Art, namentlich Stroh,  
**Papierstoff herzustellen,**  
der an Härte und Festigkeit dem Halbzeug aus Lumpen nahe kommt  
und bedeutend wohlfleller als jeder andere Stoff ähnlicher Art ist, durch  
**Friedrich Hoffmann**, Berlin, Kesselstrasse 7.

## Kohlen!

Die Herren Gutsbesitzer  
erlaube mir hierdurch beson-  
ders aufmerksam zu machen,  
dass ich in den Stand gesetzt  
bin, täglich Kohlen ab Bahnhof  
hier abzugeben.

**Emanuel Witkowski**  
Comptoir Breitestr. 16.  
Niederlage Dammstr. 4.

Da das Dominium **Ko-  
laczkowice** verpachtet wird,  
sollen daselbst am

## 9. September,

9 Uhr Morgens  
im Dominialhause auf dem  
Wege der öffentlichen Licitation  
lebendes und todes Inventarium  
gegen baare Bezahlung verkauft werden.  
Unter Anderem:

600 Elektoral-Negretti-

Schafe,

1 Stammochse englischer

Ayrshire-Race und

1 neue Drillmaschine aus  
d. Fabrik von M. u. J.  
Friedländer in Breslau.



Dom. **Krzesiny** b. Posen  
hat 100 Stück  
**sotte Hammel**  
zu verkaufen.

## Petroleum,

prima, weiß in americ Original-Blech-  
büchsen mit Patentverschluss

Zwei Büchsen von ca. 36 Quart In-  
halt in einer festen Kiste empfehl-  
tägl. 6½ Thaler inclusive gegen Baar.

**J. N. Leitgeber.**

## Weitere Erfolge des Königtranks.

(Aus den Berliner Zeitungen.)

Kleinheide, 8. 8. 71. — Der 14jährige Sohn des Eigentümers Hermann war an Unterleib Entzündung so erkrankt, dass der Arzt ihn verloren gab und sich zurückzog, als der Vorboten des Todes — alter Schweiz — sich einzelle. Schon seit 8 Tagen hatte der Kranke eine Lebensöffnung mehr. Wir wandten nun ihren heilsamen Königstrank an; nach 24 Stunden war dem Kranken schon geholfen, Stuhlgang war vorhanden, die Schmerzen linderten sich, der brennende Durst ließ nach, der sonst harte Leib wurde weich. Auch jetzt noch gab ein zweiter Arzt den Kranken auf. Nach acht Tagen aber war der Knabe vollständig geheilt und geht — zum Gefallen der Ärzte — nun wieder seiner Beschäftigung nach. — Maruzki, Lehrer.

24080a Berlin, 11. 8. 71. — Seit länger denn einem Jahre litt ich an chronischem Gelenk Rheumatismus, von dem ich nicht befreit wurde, trotzdem ich 4 Arzte consultirt habe. Alles habe ich angewendet, um von meinen großen Schmerzen befreit zu werden, aber Alles erfolglos. Ich kam so weit, dass ich mich nicht mehr fortbewegen konnte, als auf Händen und Füßen. Durch die Brillen auf Ihren heilsamen Königstrank aufmerksam gemacht, wandte ich denselben an und schon nach der zweiten Flasche verspürte ich bedeutende Linderung. Bis her habe ich neun Flaschen gebraucht und bin nun so weit, dass ich ohne Stock umhergehen und mein Geschäft wieder aufnehmen kann, woran ich über ein Jahr lang verhindert worden. — Bestellung. — J. Dr. lowski, Sophienstr. 13.

24114a. Donnersmühle, Oberschlesien, 13. 8. 71. — Herrn S. G. Schwarz, Breslau. — Meine Frau litt lange Jahre an einer chronischen Leberentzündung, ohne doch trotz vieler ärztlicher Hilfe Besserung erfolgte. Nun sie aber zwei Flaschen Königstrank getrunken, fühlt sie sich sehr wohl. Druck und Stiche haben sich ganz verloren. — (Bestellung.)

24153 Krobenbach, 11. 8. 71. — Seit länger als einem Jahre litt ich an Leberkrankheit und Nervenschwäche. Nach Verbrauch von 2 Flaschen Königstrank fühle ich mich bedeutend wohler. — (Bestellung.)

24156 Breslau, 11. 8. 71. — Ihr Königstrank hat bei meiner Frau wesentliche Dienste geleistet. — (Bestellung.)

Knöbel, Tischlermeister.

24179 Planketten (Mittelfranken), 11. 8. 71. — Mein Wasserflaschenleider ist nach Genuss zweier Flaschen Königstrank bedeutend gemildert. — Bestellung.)

Gleissmann, Privatier.

24219 Grünthal, 14. 8. 71. — Der Königstrank hat bei meinem Brustleiden sehr gut gewirkt. — (Nachbestellung.)

Frau A. Häbschmann.

Erfinder und alleiniger Fabrikant des Königtranks:  
**Wirklicher Gesundheitsrat (Hygiëst) Karl Jacobi**

in Berlin, Friedrichstraße 208.  
Die Flasche Königstrank-Extrakt, zu dreimal so viel Wasser, kostet in Berlin einen halben Thaler. — Zur Bemühlichkeit des Publikums zu haben: Ja Posen (17 Sgr.) bei

## Krug & Fabricius.

In Messeritz bei R. Gleininger.

## Artschau bei Danzig.

Vom 5. September d. J. Vormittags 11 Uhr  
stehen bei mir **30 Vollblut-South-  
down-Böcke** zum Preise von 30, 40, 50  
und 60 Thlr. zum Verkauf. Ebenfalls bin ich  
bereit, auf Wunsch auch **Mutterschafe**  
abzulassen. Verzeichnisse werden vom 20. August  
auf besonderes Verlangen verschickt.

W. Guth.

## Hunt'sche Kleereiber.

Ich bitte diejenigen Herren, welche diese bekannt vor-  
zügliche Maschine für diese Saison bestellen, um baldigen  
Auftrag. Dieselbe leistet bei Dampftrieb bis 2 Scheffel,  
bei 4pferdigem Göpel bis zu 1 Scheffel  
reine Saat pro Stunde, reibt bei jeder Wit-  
terung ganz rein und ohne Beschädigung aus  
den Tüten aus. Beste Referenzen und Offerten auf  
Anfrage.

**Friedländer's  
Maschinen- und Commissions-Geschäft.**

13 Schweidnitzer Stadtgraben, Breslau.

## Nachricht für alle Stellensuchende!

Die Zeitung „Balanz-Liste“ ist  
untrüglich das sicherste Mittel, sich  
selbst, direkt ohne Kommissionair  
und ohne Honorarosten, ein Pla-  
ce zu verschaffen, denn es werden  
während ihres 12jährigen Bestehens  
bereits 30,000 Abonnenten durch die-  
selbe vortheilhaft plaziert. Insbeson-  
dere finden Kaufleute, Lehrlinge, Ge-  
werbetreibende, Landwirthe, Forst-  
beamte, Technik, Werkführer  
u. w. eine große Auswahl von Stel-  
len genau unter Namensangabe der  
Betriebe, Direktionen etc. zu jeder  
Zeit darin mitgetheilt, aber auch Stel-  
len für jeden anderen Berufs-  
zweig höher und niedere Stände,  
incl. Civil-Verpflegung sind in  
jeder Nummer enthalten. Man abon-  
niert auf die „Balanz-Liste“ beim  
Redakteur: A. Retemeyer in Ber-  
lin (Breitestr. 2) auf die 5 nächsten  
Nummern mit 1 Thlr. oder auf 13  
Nummern mit 2 Thlr., wofür um-  
gehend die neueste Nummer, die übrig-  
en Nummern jeden Dienstag Abend  
franko unter Kreuzband überandt  
werden. Post-Anweisung erbeten.

Junge Leute für Weizwaaren,  
Galanteries, Papier-, und für  
Manufaktur-Geschäfte werden geg.  
hohes Salair ge. v. M. Lichten-  
stein, Stettin

**Ein Commis,**  
tückiger Detailist, welcher unlängst  
seine Lehrzeit beendet, mosaischer  
Religion, und der poln. Sprache  
mächtig ist, findet p. 1. Oktober  
in meinem Colonialwaren-Ge-  
schäft Engagement.

**I. Blumenthal**  
in Posen.

Der mein Manufakturwaren-Ge-  
schäft suche ich einen  
**Commis**  
der polnischen Sprache mächtig, wie  
auch einen Lehrling.  
**Michaelis Urban.**

## Balsam Bilfinger

gegen Rheumatismus u. Gicht,

geprüft von den größten Autoritäten Deutschlands, Frankreichs  
und Englands, Radicalheilmittel selbst in den hörnig-  
ken Fällen. Preis pr. 1/2 Flasche 1 Thlr. 10 Sgr., pr.  
1/2 Flasche 22½ Sgr.

Depot für Posen bei H. Elsner, Apotheker.

Für den Erfolg garantiert d.

Erfüllbar dieser Balsam.

oder c. A. H. Cohn.

Kurzwaren-Ein-groß-Geschäft,

Breitestrasse 12.

Ein Knabe,

der die Bäckerei erlernen will, kann so-

fort dienen bei J. Frost, Große

Großstrasse 46.

